



RESSORTFORSCHUNGSBEREICH
ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
FORSCHUNGSKONZEPT
2008–2011

DOMAINE DÉVELOPPEMENT ET COOPÉRATION
PLAN DIRECTEUR DE
RECHERCHE 2008–2011



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Forschungskonzept 2008–2011
Plan Directeur de Recherche 2008–2011

Herausgeberin:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Direction du développement et de la coopération (DDC)
3003 Bern
www.deza.admin.ch

Konzept und Koordination:

Fachstelle Wissen und Forschung

AutorInnen:

Mark Schmid (cataliza GmbH, Luzern)
Jacqueline Schmid (DEZA, Fachstelle Wissen und Forschung)

Übersetzung:

Sandra Sianipar (mimetis)

Grafik:

Communication Arts, Mark Manion

Bestellungen:

SDC Distribution Center
Telephone: +41 31 322 44 12
Fax: +41 31 324 13 48
E-mail: info@deza.admin.ch

RESSORTFORSCHUNGSBEREICH
ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

FORSCHUNGSKONZEPT 2008–2011

DOMAINE DÉVELOPPEMENT ET COOPÉRATION

PLAN DIRECTEUR DE RECHERCHE 2008–2011

Inhaltsverzeichnis / Table des matières

Vorwort	4
Avant-propos	5
Kurzversion	6
Version abrégée	14
1. Grundsätzliches zur Ressortforschung Entwicklung und Zusammenarbeit	23
1.1. Zuständigkeitsbereich, gesetzlicher Rahmen	23
1.2. Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit	25
1.3. Instrumente	26
2. Der Stand der Dinge	27
2.1. Das veränderte Umfeld und die Akteure	27
2.2. Rückblick auf die Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit	29
3. Künftige Ausrichtung der Forschung	35
3.1. Strategische Ausrichtung	35
3.2. Forschungsfelder entsprechend den zentralen Zielen der schweizerischen Entwicklungspolitik	38
3.3. Prinzipien der Ressortforschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit	39
3.4. Zukünftige finanzielle Gewichtung	42
3.5. Weitere schweizerische Akteure	43
4. Thematische Forschungsprioritäten	46
4.1. Soziale Entwicklung: Gesundheit, Wasser, soziale Dienstleistungen, Bildung	46
4.2. Wirtschaft und Beschäftigung	51
4.3. Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umwelt	54
4.4. Globale Partnerschaft, Entwicklung, Handel	57
4.5. Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie	59
4.6. Konfliktprävention, Transformation, Migration	62
4.7. Gender-Gleichstellung	65

Abkürzungsverzeichnis	68
Plan Directeur de Recherche 2008–2011 (version française)	70
1. Principes	71
1.1. Compétences, cadre légal	71
1.2. La recherche dans le domaine «développement et coopération»	73
1.3. Instruments	74
2. État des lieux	75
2.1. Évolution du contexte et acteurs	75
2.2. Rétrospective	77
3. Orientation future des recherches	83
3.1. Orientation stratégique	83
3.2. Champs de recherche conformes aux objectifs centraux de la coopération suisse au développement	86
3.3. Principes des recherches dans le domaine «développement et coopération»	87
3.4. Futures priorités financières	90
3.5. Autres acteurs en Suisse	91
4. Priorités thématiques	94
4.1. Développement social: santé, eau, prestations sociales, éducation	94
4.2. Économie et emploi	99
4.3. Agriculture, développement rural et environnement	102
4.4. Partenariat mondial, développement, commerce	106
4.5. Gouvernance, État de droit, démocratie	108
4.6. Prévention et transformation des conflits, migration	111
4.7. Égalité entre hommes et femmes	114
Liste des abbreviations	116

Im September 2000 hat die Staatengemeinschaft in New York die Millenniumserklärung verabschiedet und sich darin verpflichtet, gemeinsam gegen die Armut in der Welt zu kämpfen, den Frieden zu fördern und sich für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt einzusetzen. Mit den ergänzenden Millenniumsentwicklungszielen (*Millennium Development Goals* MDGs) soll bis 2015 die Armut weltweit halbiert werden. Die Millennium-Initiative ist Ausdruck der Erkenntnis der Staatengemeinschaft, dass die globalen Probleme und Risiken wie Armut, Marginalisierung ganzer Regionen, Klimawandel, zerfallene Staaten oder Migration die Handlungsfähigkeit der einzelnen Länder, ob arm oder reich, überfordern und im Alleingang nicht gelöst werden können. Eine globale Betrachtungsweise und multilaterale Lösungen sind gefordert.

Der Beitritt zu den Vereinten Nationen hat die Verpflichtung der Schweiz zur Problemlösung auf multilateraler Ebene vertieft. Die Millenniumserklärung und die MDGs sind entscheidende Wegmarken der schweizerischen Entwicklungspolitik, welche der strategischen Orientierung „Armutsbekämpfung und menschliche Sicherheit in globaler Partnerschaft“ folgt.

Für den Ressortforschungsbereich Entwicklung und Zusammenarbeit ergeben sich daraus Leitlinien: Er soll sich weiterhin an der internationalen Agenda der Armutsbekämpfung orientieren. Er soll der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit die Ressource Wissen für die Entwicklung bereitstellen und Methoden erarbeiten, welche die wirkungsvollste Steuerung und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit unter der Agenda der Armutsbekämpfung ermöglichen. Vermehrt sollen Forschungskompetenzen und -kapazitäten im Süden und Osten gefördert werden, damit dort aufgrund der Erkenntnisse zunehmend leadership und ownership im Entwicklungsprozess wahrgenommen werden kann, was auch die Millenniumsentwicklungsinitiative anstrebt.

Diese Verpflichtung zur Förderung der wissenschaftlichen Kapazitäten in Entwicklungs- und Transitionsländern hat die Schweiz für sich bereits in der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 verankert. Die durch die Schweiz etablierten Forschungspartnerschaften geniessen ein hohes internationales Ansehen.

Ergebnisse aus der Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit beweisen ihren primären Stellenwert im Zusammenspiel mit den übrigen Instrumenten der Internationalen Zusammenarbeit. Sie haben sich darauf auszurichten, effiziente Lösungen zu bieten bei der Überwindung der Armut und der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Und sie sollen Anwendbarkeit finden in der Kette der Akteure, die sich um die praktische Umsetzung der Armutsbekämpfung bemühen. Vermehrt ist die Forschung transdisziplinär geworden, sie bezieht also Betroffene und Nutzende in alle Phasen ein.

Für die engagierte Mitarbeit am vorliegenden Forschungskonzept möchte ich allen beteiligten Personen und Institutionen inner- und ausserhalb der Bundesverwaltung meinen Dank aussprechen.



Beate E. Wilhelm

Leiterin Bereich Themen und Fachwissen
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

RESSORTFORSCHUNGSBEREICH
ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

FORSCHUNGSKONZEPT 2008–2011

Vollversion

1. Grundsätzliches zur Ressortforschung Entwicklung und Zusammenarbeit

1.1. Zuständigkeitsbereich, gesetzlicher Rahmen

Gemäss Artikel 54 der Bundesverfassung ist der Bund beauftragt, „namentlich zur Linderung von Not und Armut in der Welt beizutragen“. Darauf stützt sich das Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Die Entwicklungszusammenarbeit soll geeignete Formen annehmen, um ihren Zielen zu dienen.¹ In der zugehörigen Verordnung ist die Verpflichtung zur Förderung der **Wissenschaft und Forschung als Beitrag zur Überwindung von Not und Armut** explizit niedergelegt.² Forschung im Rahmen der Osthilfe und des Erweiterungsbeitrags für die neuen Mitgliedstaaten der EU stützt sich auf das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006.³

Ressortforschungskonzepte in zwölf Politikbereichen⁴ liefern den Überblick über die gesamte im jeweiligen Bereich mit öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung.

Ressortforschung ist Forschung, deren Ergebnisse von der Bundesverwaltung respektive der Bundespolitik für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt werden. Sie umfasst:

- Forschung intra-muros der Bundesverwaltung
- Aufträge der Bundesverwaltung an Dritte
- Beiträge an Forschungsinstitutionen, soweit diese der Erfüllung der Aufgaben der Bundesverwaltung dienen

Der **Politikbereich „Entwicklung und Zusammenarbeit“** liegt in der **Verantwortung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO)**. Parallel und ergänzend dazu wird eine Reihe weiterer entwicklungspolitisch relevanter Leistungen in anderen Bereichen erbracht, die teilweise ebenfalls Forschung bedingen. Dazu gehören u.a. die Friedensförderung und Sicherheit (EDA, Politische Abteilung IV); die Zusammenarbeit mit Internationalen Organisationen (EDA, Politische Abteilung III); die Finanzierung verbilligter Kredite beim Internationalen Währungsfonds (EFV); Beiträge an die Global Environment Facility (BAFU), Beiträge an die Weltgesundheitsorganisation (BAG) oder die Entschuldungsmassnahmen (von EVD, EFD und EDA bearbeitet).

Forschung im Dienst der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit

Inhaltlich orientiert sich der Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit an der **Strategie 2010 der DEZA**⁵. Die *Mid Term Review* der Strategie wurde im Rahmen der Behandlung des Aussenpolitischen Berichts 2006⁶ im Kapitel zur zukünftigen Ausrichtung der Entwicklungspolitik der Schweiz vom Bundesrat zur Kenntnis genom-

1 Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976 (EHG)

2 Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12. Dezember 1977 (EHV)

3 Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006 (BBl 2006 3529)

4 Die Politikbereiche sind: Gesundheit; Soziale Sicherheit; Umwelt; Landwirtschaft; Energie; Nachhaltige Raumentwicklung und Mobilität; Entwicklung und Zusammenarbeit; Sicherheits- und Friedenspolitik; Berufsbildung; Sport und Bewegung; Nachhaltiger Verkehr; Kultur und gesellschaftliche Entwicklung. Näheres: www.ressortforschung.admin.ch

5 Strategie 2010 der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, 2000; www.deza.admin.ch

6 Aussenpol. Bericht 2006 des Bundesrates

men. Das **SECO** orientiert sich an der **Strategie 2006**, ergänzt und konkretisiert durch die Agenda 2010 zur Armutsbekämpfung.⁷

Das Forschungskonzept 2008-2011 schliesst an das erstmals erstellte Konzept 2004-2007 an und bildet vorwiegend die Aktivitäten der DEZA als Hauptakteurin im Ressortforschungsbereich ‚Entwicklung und Zusammenarbeit‘ ab. Es stellt im ersten Kapitel die Grundlagen der Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit dar. Im zweiten Kapitel wird das veränderte Umfeld beleuchtet, eine generelle inhaltliche Bilanz und ein finanzieller Rückblick geleistet. Im dritten Kapitel wird die zukünftige Ausrichtung durch Prioritäten, Prinzipien und finanzielle Gewichtung, sowie weitere Akteure, dargelegt. Es schliesst ein spezifischer Teil an, der entlang der thematischen Prioritäten der DEZA über die bisherigen Ergebnisse informiert und zukünftige Forschungsschwerpunkte darlegt.

⁷ Strategie 2006 Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Staatssekretariat für Wirtschaft 2002; seco: Agenda 2010 zur Armutsbekämpfung, Staatssekretariat für Wirtschaft, undatiert; www.seco-cooperation.ch

1.2. Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit

Neues **Wissen ist ein Schlüssel für die Entwicklung**. Dies ist nicht nur in der industrialisierten Welt der Fall, auch in den Ländern des Südens und Ostens ist „Wissen“ eine zentrale Voraussetzung für die Meisterrung der grossen Entwicklungs Herausforderungen, beispielsweise im Gesundheits- und Bildungsbereich, bei der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen oder der Ernährungssicherheit. Das notwendige **Wissen zum Verständnis der anstehenden Entwicklungsfragen zu schaffen** und **gangbare Lösungsansätze** zu entwickeln ist das erste Ziel der Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit. In der Anwendung, Umsetzbarkeit und Nützlichkeit beweist sich die Relevanz der Forschungsergebnisse. Für die schweizerischen Akteure der Internationalen Zusammenarbeit liefert die Forschung die Grundlagen zur Gestaltung wirkungsvoller Kooperationsstrategien.

Viele Entwicklungs- und Transitionsländer sind im besonderen Ausmass von globalen und regionalen Problemen betroffen. Die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und die Infrastruktur für die Forschung bleiben aber immer weiter hinter den Möglichkeiten entwickelter Länder zurück. Der sogenannte „knowledge gap“ wächst kontinuierlich und schafft tiefere Abhängigkeiten. Es ist deshalb das zweite Ziel der Forschung, die **institutionellen und individuellen Forschungskapazitäten in den Partnerländern zu stärken** und diese darin zu unterstützen, leistungsfähige Forschungssysteme aufzubauen und damit die Abhängigkeit von den industrialisierten Ländern zu reduzieren.

Den beiden Zielen dient die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Transitionsländern. Durch die Unterstützung von **Forschungspartnerschaften** zwischen kompetenten Forschungsinstitutionen in der Schweiz und den Entwicklungs- und Transitionsländern sowie die Einbindung von Forschenden in qualifizierten Forschungsprojekten entstehen gemeinsam verantwortete Resultate: Wissen für die Entwicklung, zur Überwindung von globalen Problemen wie Klimaveränderungen, Pandemien oder Finanzmarktinstabilität. Gleichzeitig werden dadurch die Forschungskompetenzen der armen Länder gestärkt.

Wo im Rahmen der Ressortforschung Entwicklung und Zusammenarbeit **mit schweizerischen Forschungsinstitutionen** zusammengearbeitet wird, geht es ebenso darum, 1) **entwicklungsrelevante Forschungsergebnisse** zu erreichen und 2) durch deren Einbezug die partnerschaftliche Forschung mit **Institutionen im Süden und Osten** zu ermöglichen und damit letztere **zu entwickeln** sowie 3) Forschungskompetenz in der Schweiz, in entsprechenden Themengebieten, zu stärken.

Die Forschungspolitik der DEZA nennt drei Arten von Zielsetzungen:⁸

- (1) das Generieren von spezifischen, entwicklungsrelevanten Forschungsergebnissen,
- (2) die Stärkung von Forschungs-Kapazitäten in den Partnerländern, verbunden mit deren Ermächtigung für eigenständiges Forschen,
- (3) die gezielte Zusammenarbeit mit Schweizer Forschungskompetenz in den für die Entwicklungsfragen wichtigen Bereichen.

1.3. Instrumente

Die Schweiz unterstützt⁹ die Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit hauptsächlich in zwei Formen: Forschung in Form von **Aufträgen** wird eingesetzt, um spezifisches Wissen zu generieren. Bei den Aufträgen liegt die volle Steuerungskompetenz beim Auftraggeber. **Forschungsbeiträge** unterstützen Programme und Projekte, welche zur Lösung prioritärer Entwicklungs Herausforderungen beitragen und der Kompetenzentwicklung dienen. Bei Beiträgen wird die Steuerung partnerschaftlich durch die Träger und die Auftraggeber geleistet.

Aufträge

Aufträge im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit, sowie in thematischen Bereichen: Durch Forschungsaufträge wird die Grundlage für die Erarbeitung von Lösungen ermöglicht, die im Rahmen der bilateralen Kooperationsprogramme entwicklungsrelevant umgesetzt werden können.

Beiträge

Beiträge an internationale Programme: Diese Programme sollen Wissen für die Armutslinderung generieren. Internationale landwirtschaftliche Forschung beispielsweise soll zur Nahrungssicherung und zu Einkommensmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung beitragen. Oder Forschung im Bereich Wasser und Siedlungshygiene soll die Gesundheitsbedrohungen der Marginalisierten reduzieren. Beiträge dienen auch der institutionellen Stärkung von Forschungspartnern im Süden, sowie dem Kompetenzaufbau.

Forschungsförder-Programme: Schweizerische Universitäten, technische Hochschulen und Fachhochschulen sind in vielfältigen **Forschungspartnerschaften mit Entwicklungs- und Transitionsländern** engagiert und betreiben hierbei entwicklungsrelevante Forschung. Forschungspartnerschaften dienen auch dem Kompetenzaufbau aller beteiligten Partner. Die DEZA und der Schweizerische Nationalfonds unterstützten beispielsweise gemeinsam im Nationalen Forschungsschwerpunkt Nord-Süd (Forschungspartnerschaften zur Linderung von Syndromen des Globalen Wandels, NCCR N-S) die Forschungszusammenarbeit zwischen Forschenden in acht Regionen des Südens und im Norden zu den Auswirkungen des globalen Wandels und entsprechender Strategien.

Daneben realisiert die Schweiz wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Transitionsländern durch **jährliche Kredite**, um Studierenden und WissenschaftlerInnen aus Entwicklungsländern eine höhere **Ausbildung oder eine Weiterbildung in der Schweiz** zu ermöglichen.¹⁰

Nebst eigener Forschungsunterstützung beteiligt sich die DEZA auch an internationalen Netzwerken und Austausch, um neues Wissen in ihre Arbeit und Strategiebildung zu integrieren und Politiken zu formulieren.

⁹ Die Finanzierung der Forschungstätigkeit erfolgt im Rahmen der entsprechenden Rahmen-Kredite der Internationalen Zusammenarbeit. Der Bundesrat wird in der 2. Hälfte 2007 die Botschaft über „die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern“ an das Parlament zur Verabschiedung überweisen.

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, verabschiedet in der Volksabstimmung vom 26.11.2006; Botschaft über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft, verabschiedet durch den Bundesrat am 29.11.2006

¹⁰ In der Zuständigkeit des Staatssekretariats für Bildung und Forschung SBF

2. Der Stand der Dinge

2.1. Das veränderte Umfeld und die Akteure

Die **Globalisierungsdynamik** vermehrt und verdichtet die grenzüberschreitenden Beziehungen und bringt Gesellschaften, Staaten, Organisationen – mit unterschiedlichem Tiefgang – in ein komplexes System wechselseitiger Abhängigkeiten. Sie wirft viele neue und schwierige Fragen auf, welche die Zukunft der Politik betreffen. Weltwirtschaft und –Gesellschaft haben sich in den vergangenen zwei Dekaden nachhaltig verändert, die Institutionen der Politik aber sind nicht „nachgewachsen“. Die **Kluft** zwischen der internationalisierten Wirtschaft, globalen Risiken, grenzüberschreitenden Problemen auf der einen Seite und der national- bzw. territorialstaatlichen Fixierung der Politik auf der anderen Seite wächst. Das **traditionelle Verständnis von „nationaler Souveränität“** und eine zu enge Definition „nationaler Interessen“ führen angesichts der wechselseitigen Abhängigkeiten in Sackgassen.

Global Policy kann aber ohne **leistungsstarke und handlungsfähige Staaten** nicht gelingen. Die internationalen Umweltkonventionen (zu Biodiversität, Wüstenbildung und Klimaveränderung) und Gipfeltreffen wie der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002 oder der Welt-Klimagipfel in Nairobi 2006 sind Etappen auf der **Suche nach globalen Strategien. Wissen ist dabei eine wichtige Grundlage**: beispielsweise stellen neue Vorschläge zur Nutzung von Biomasse als Energiequelle Fragen bezüglich der Auswirkungen auf die Ressourcennutzung als Überlebensgrundlage für die Armen oder bezüglich der Konfliktivität unterschiedlicher Ressourcenansprüche.

Die Staaten brauchen zudem die Kompetenzen und Ressourcen, um auch den benachteiligten Menschen in der liberalisierten Wirtschaft Perspektiven zu schaffen. Damit hat die Förderung einer **wirkungsvollen Staatstätigkeit und einer guten Regierungsführung** eine zunehmende Bedeutung erhalten.

Globale Probleme erfordern neue Ansätze

Sektor-Lösungen greifen auch andernorts nicht mehr: Patentrechtsfragen können z.B. nicht losgelöst von globalen Bedrohungen wie Aids diskutiert werden; Sicherheitsfragen sind eng verknüpft mit Fragen des Zugangs und der Nutzung endlicher Ressourcen. Globale Regeln werden nicht nur über Gesetze, sondern auch über Ansprüche der Zivilgesellschaft z.B. bezüglich der *Corporate Social Responsibility* von Unternehmen bestimmt.

Neben den bekannten Umweltphänomenen des Klimawandels und der genetischen Erosion ergibt das Gebiet der Gesundheit ein eindrückliches Bild für die Globalisierung der Probleme. SARS, Aids oder die Vogelgrippe haben sich als hochansteckende Krankheiten rasant über den Erdball verbreitet. Ihre Bekämpfung kann sich nicht auf medizinische Strategien beschränken, da viele Faktoren der Gesellschaft die Situation beeinflussen: vom Handel über Mobilität bis zur Erziehung oder gesellschaftlichen Traditionen, Produktionstechniken in der Landwirtschaft und Effizienz staatlichen Handelns. Wissen um die Pathologie und Ausbreitung von Krankheiten sowie deren Kontrolle kann am besten zwischen Forschenden verschiedener Weltregionen gefördert werden und bringt Gewinn für alle.

Die Schweiz ist seit dem **UNO-Beitritt** aktiver an der internationalen **Politikgestaltung** beteiligt. Die Einsitznahme in den neu geschaffenen Menschenrechtsrat, die Durchführung der Konferenz zur Koordination des Wiederaufbaus nach dem Tsunami in Südostasien oder die Stärkung Genfs als Standort internationaler Verhandlungen und Organisationen sind Ausdruck dieses Engagements.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung kommt der Forschungskooperation eine neue Bedeutung zu. Aufgrund der nunmehr globalen Herausforderungen wie Klimaveränderung, Pandemien wie Aids, oder Finanz-

marktinstabilität wird klar, dass die wissenschaftliche Zusammenarbeit vermehrt den gemeinsamen Problemfeldern von Entwicklungsländern und Industrienationen Rechnung tragen muss. Die Bearbeitung von Themen wie Sicherheit, Migration, Ernährungssicherheit sind nicht mehr mit einem innenzentrierten Blick anzugehen. Vielmehr bedarf deren Bearbeitung grenzüberschreitender Kooperationen. Aufgrund ihrer Grösse und Bevölkerungsreichtum sind viele Länder des Südens und Ostens einerseits in besonderem Masse von den genannten Problemen betroffen, andererseits bergen sie auch ein enormes Potential, an der Problemlösung teilzuhaben.

Mit Blick auf die Länder des Südens und Ostens hat sich in der internationalen Debatte um die Armutsbekämpfung die Einsicht durchgesetzt, dass **die Staaten mehr eigene Kapazitäten** brauchen, um den Entwicklungsprozess in ihrem Sinn steuern zu können (*country led strategies*: durch die Länder geleitete Strategiebildung).

Mobilität und Austausch

Die für die Forschung wichtige Vernetzung und der rasche **Zugang zu Forschungsergebnissen** ist durch die erweiterten technischen Möglichkeiten verbessert worden. Das *Science and Development Network* (SciDev. Net) stellt verlässliche Information über Wissenschaft und Technologie für und aus Entwicklungsländern zur Verfügung und fördert dazu regionale Netzwerke. Das von der Schweiz unterstützte BIONET¹¹ vernetzt über 150 Länder durch institutionelle Partnerschaften in neun Sub-Regionen. Internationale Forschungsprogramme bringen Forschende auf globaler Ebene zusammen. Globale und regionale Netzwerke befassen sich mit einzelnen entwicklungsrelevanten Themen, wie z.B. durch das *World Agroforestry Centre* (ICRAF).

Forschungstätigkeit ist vital vom Austausch mit Forschenden auf der ganzen Welt abhängig. Die Botschaft Bildung-Forschung-Innovation 2008-2011 des Bundes¹² sieht die verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere mit den Ankerländern¹³ Indien, China, Russland und Südafrika vor. Dabei ist die **Verstärkung der wissenschaftlichen Präsenz der Schweiz auf internationaler Ebene** ein Ziel. Dies ist auch im wohlverstandenen Eigeninteresse des Forschungsplatzes Schweiz, nehmen doch die Forschenden Teil an den boomenden Städten der Wissensproduktion. Die Anker-Länder können durch den Austausch gewinnen, ihre Forschung profilieren, Zugang zu Fördermitteln erhalten und Forschungsergebnisse für ihre Entwicklung nutzen.

Die an Bedeutung gewinnende Wissenschaftszusammenarbeit bringt eine verstärkte Mobilität der Forschenden mit sich. Diese Brain Circulation ist für den wissenschaftlichen Fortschritt vital, birgt jedoch die Gefahr des Brain Drain, indem die besten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dauerhaft in den industrialisierten Ländern verbleiben.

Eine engagierte schweizerische Forschungslandschaft

Die schweizerischen Forschungsakteure haben auf die vermehrte **Aussenorientierung und den Bedarf gemeinschaftlicher Wissensproduktion** u.a. durch Strukturveränderungen reagiert. Folgende –nicht vollständige– Aufzählung illustriert das steigende Bewusstsein bezüglich der Forschung in für die Entwicklung bedeutenden Kompetenzfeldern:

- Die ETH Zürich integriert das *Network for International Development and Cooperation* (NIDECO) und das Zentrum für Internationale Landwirtschaft (ZIL), um die Kapazitäten zur Förderung der Forschung in nachhaltiger ländlicher Entwicklung und Armutsreduktion zu stärken.
- Diese Forschung ist komplementär zur Forschung des *Center for Environment and Development* der Universität Bern (CDE) und der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft (SHL), und kooperiert, unter anderen, mit dem von der Europäischen Kommission geförderten *European Research Area-Network 'Agricultural Research for Development'* (ERA-ARD).

11 The global network for Taxonomy, www.bionet-intl.org

12 Botschaft Bildung, Forschung Innovation 2008-2011. Deutsch: http://www.sbf.admin.ch/bfi2008/documents/bfi2008_de.pdf
Französisch: http://www.sbf.admin.ch/bfi2008/documents/bfi2008_fr.pdf

13 Anker-Länder sind Länder, die wirtschaftlich an Bedeutung gewinnen, eine regionale Ausstrahlung haben, hohes Innovationspotenzial haben, aber grosse interne Disparitäten aufweisen.

- Die Universität Zürich bündelt die Afrika-Forschung der verschiedenen Disziplinen.
- Das *World Trade Institute* in Bern konzentriert, in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bern, Fribourg und Neuenburg, die Forschung und Kompetenz im Bereich des Internationalen Handelsrechts.
- Die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (EPFL) hat ein neues Zentrum für Forschungs Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern etabliert (*Coopération@epfl*) und so dieser Forschung auch institutionell mehr Gewicht und Visibilität verliehen. Forschungsschwerpunkte werden in den Bereichen *Crisis Engineering*, *Urban Technologies* sowie *Information, Communication and Environment* erarbeitet; *Energies* und *Health* werden künftig vertieft. Des weiteren wird durch *Coopération@epfl* ein *UNESCO Chair in Technologies for Development* geführt.
- In Genf entsteht ein Pol für internationale Politik durch die Fusion des IUHEI und des IUED zum IHEID.
- Das Schweizerische Tropeninstitut wird institutionell dem ETH-Bereich angegliedert und wirkt am ‚Global Health‘ Kompetenzzentrum der EPFL mit.
- Weitere Veränderungen werden sich durch die Entstehung einer *Graduate School of Sustainable Development* ergeben.¹⁴

Die **Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern** (KFPE) dient als Austauschplattform und Motivatorin bezüglich der Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit. Sie setzt sich wissenschaftspolitisch für die Anliegen der Forschungszusammenarbeit ein, fördert die entwicklungsorientierte Forschung und entwirft forschungsstrategische Konzepte. Sie achtet dabei darauf, dass die partnerschaftlichen Prinzipien, die Qualität der Forschung und die Interessen aller Beteiligten gewahrt werden. Die KFPE ist eine Kommission der vier schweizerischen wissenschaftlichen Akademien.

2.2. Rückblick auf die Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit

Schwerpunkte

Die DEZA hat im Forschungsbereich Entwicklung und Zusammenarbeit in den letzten Jahren bei Fragen der nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Ressourcen (Landwirtschaftliche Produktion, Wasser, Boden), bei den sozialen Fragen (Gesundheit, Bildung etc.), bei sozio-ökonomischen Fragen (Arbeit, Einkommen, Marktzugang) und bei politischen Fragen (Gouvernanz, Menschenrechte, Demokratie) Schwerpunkte gesetzt. Die Schweiz **beteiligte sich an grossen internationalen Forschungsprogrammen** (CGIAR; *New Global Health Initiative*; *International Human Dimension Programme on Global Environmental Change* etc.), sowie auch an internationalen Netzwerken zu Forschung über Entwicklung und Entwicklungspolitik.

Das von der Schweiz stark geförderte Konzept der **Forschungspartnerschaften** hat sich erfolgreich etabliert und geniesst hohes **internationales Ansehen**. Entscheidend für die positive Wahrnehmung ist, dass es gelungen ist, Forschung *mit* Entwicklungsländern zu initiieren, nicht nur Forschung *über* Entwicklungsländer zu betreiben. Auch die Europäische Union hat diese Grundsätze in ihrem Programm *European and Developing Countries Clinical Trial Partnership* (EDCTP) aufgenommen. In der Schweiz sind es neben den Beteiligten des Nationalen Forschungsschwerpunktes NFS Nord-Süd weitere Universitäten und die ETHs, sowie in zunehmendem Mass Fachhochschulen und private Institute und Stiftungen, die in Forschungspartnerschaften mit Entwicklungs- und Transitionsländern aktiv entwicklungsrelevante Forschung durchführen und eine breite Palette von Themen und angewandter Forschung abdecken. Die Publikation der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE zur verbesserten Wirksamkeit von Forschungspartnerschaften¹⁵ belegt die Auswirkungen auf den Ebenen:

¹⁴ Vgl. Kasten Nationaler Forschungsschwerpunkt Nord-Süd

¹⁵ Maselli, D, Lys J-A, Schmid J. 2006: *Improving Impacts of Research Partnerships*. Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries, KFPE. GEOGRAPHICA BERNENSIA, Berne, 96pp. 2nd edition

- a) Wissen und Methoden, Verhaltensänderungen der Forschenden
- b) Nutzen für Entscheidungsträger und generell die Mitglieder der Gesellschaft; und
- c) Stärkung der individuellen und institutionellen Kapazität.

Die Forschungspartnerschaften haben dazu beigetragen, die Schweizer Forschung für Fragen des Südens und Ostens zu sensibilisieren, beteiligte Forschende in internationale Forschungsbemühungen einzubinden und die Kapazitäten und Kompetenzen in Nord und Süd komplementär zu stärken und zu nutzen.

Ernährungssicherheit verbessert

Landwirtschaft ist die Lebensgrundlage der armen Länder, wo über 70 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum leben. Ohne Erweiterung des Wissens über Landwirtschaft und Ökosysteme kann die Armut im ländlichen Raum nicht überwunden werden. Dieser Herausforderung stellen sich Internationale Agrarforschungsinstitute, darunter die 15 Internationalen Agrarforschungszentren, die von der *Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR)* gefördert werden. Die DEZA zählt zu den wichtigsten Unterstützern des CGIAR Systems (momentan achtgrößte Geberin). Im CGIAR ist die Unterstützung von nationalen Forschungssystemen mit institutioneller Entwicklung und individueller Ausbildung ein zentrales Anliegen. Die nationale Kompetenz von Forschungsnetzwerken über wichtige Kulturpflanzen wie Reis, Mais und Bohnen in Afrika wurde im wesentlichen vom CGIAR aufgebaut. Regionale, afrikanische Institutionen wie das *International Center for Insect Physiology and Ecology (ICIPE)* sind das Rückgrat afrikanischer Kompetenz für angewandte Insektenforschung. Das CGIAR passt seine Prioritäten laufend neuen Herausforderungen laufend an. So haben Policyforschung, ökonomischen Fragen und neuerdings Anpassung an Klimawandel gegenüber den traditionellen Schwerpunkten an Bedeutung gewonnen.

CGIAR's Beitrag in der öffentlichen Forschung zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion bei gleichzeitiger Sicherung der natürlichen Ressourcen ist einzigartig. Eine kürzlich durchgeführte Studie über die globalen Auswirkungen der CGIAR Forschung auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zeigt dies exemplarisch auf.¹⁶ Die über 30 Jahre ermittelten Aktivitäten weisen ein Kosten-Nutzen Verhältnis von 1:9 auf; das heisst jeder in die CGIAR Forschung investierte Dollar führte zu einer Nahrungsmittelproduktion im Werte von 9 Dollar; ein substantieller Multiplikator-Effekt, von dem vor allem arme Produzenten und Konsumenten in Entwicklungsländern profitieren. Ohne die Arbeiten des CGIARs wäre die gegenwärtige Nahrungsmittelproduktion um 4-5% kleiner; 7-8% Nahrungsmittel weniger würden allein den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen, was Hunger, Unterernährung und Armut negativ beeinflusst hätte. Die Preise für Nahrungs- und Futtermittel wären heute weltweit um 18-21% höher, wiederum zum Nachteil von armen Konsumenten im Süden. Neue Landressourcen von über 11 Mio. Hektaren hätten für die gleiche Produktion erschlossen werden müssen, dies auf Kosten von natürlichen und/oder fragilen Ökosystemen und der Biodiversität. Der pro Kopf Verbrauch an Nahrungsmittel läge um 5% und in den ärmsten Regionen gar um 7% niedriger, die Ernährungs- und Einkommensunsicherheit wäre daher gravierender. Über 13 Millionen Kinder mehr würden an Unterernährung leiden - vor allem in Südasien, wo die Häufigkeit von Hunger am grössten ist.

Die jährlichen Programmbeiträge der DEZA von CHF 12 Millionen aus multilateralen Mitteln tragen wesentlich zum Erfolg des CGIAR, seinen internationalen Agrarforschungszentren und der Bekämpfung der Armut bei. Sie werden ergänzt durch Forschungsfinanzierungen aus Mitteln der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Veränderungen in der Ausrichtung der Forschung

Die **Forschung** bezüglich Entwicklung und Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren **stärker systemisch ausgerichtet**. Im Zentrum des Interesses stehen verstärkt die Lebensrealität und -qualität der Men-

16 Ergebnisse von 1971 bis 2004

schen und die Bemühungen zur Reduktion der Armut als die isolierte Sektorforschung. Das Vorgehen ist vermehrt **transdisziplinär**, also mit Einbezug der Betroffenen und Nutzenden von der Bedarfsabklärung über die Forschung bis zur Umsetzung. ‚Gemeinsames Lernen‘ und ‚Wissen‘ in seiner Verbindung zu nachhaltigen Überlebensstrategien und zur Zugänglichkeit für alle steht vermehrt im Zentrum des Interesses. So beachtet z.B. die Erforschung von Infektionskrankheiten viel stärker den Zusammenhang zu den (versagenden) Sozialstrukturen als nur die biochemischen Prozesse.

Die **langfristig angelegte Forschungsunterstützung** der Schweiz hat dazu beigetragen, anerkannte Forschungsstätten zu etablieren, die in ihren Bereichen wichtige Beiträge liefern, z.B. das ICDDR,B in Bangladesh (International Centre for Diarrhoeal Disease Research, Bangladesh zu Durchfallerkrankungen); das *Ifakara Health and Research Development Centre*, Tanzania (wichtige Beiträge zu Gesundheitssystemen mit sehr begrenzten Ressourcen) oder das *Laboratoire d'Études et de Recherches sur les Dynamiques Sociales et le Développement Social* (LASDEL, ein sozialwissenschaftlicher Exzellenz-Pol) in Westafrika.

Forschungstätigkeit hat in den letzten Jahren in verschiedenen Fällen **direkte Wirkung in der Armutsreduktion** erzielen können, wo Forschungsergebnisse in die Praxis der Internationalen Zusammenarbeit überführt werden konnten. So wurde z.B. der breite Einsatz von imprägnierten Mosquito-Netzen zur Malaria-Prophylaxe in Landesprogramme der schweizerischen Zusammenarbeit und das entsprechende Monitoring aufgenommen. Oder Erkenntnisse bezüglich HIV/Aids-*Mainstreaming*, -Prophylaxe und -Behandlung haben die Gestaltung entsprechender Programme beeinflusst.

Sicheres Trinkwasser für über 2 Millionen Menschen

Forschung im Bereich ‚Trinkwasser und Siedlungshygiene‘ fand vielfach konkrete Anwendungen in den Ländern des Südens. Zu erwähnen ist z.B. die von der Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz EAWAG und dem Schweizerischen Tropeninstitut STI entwickelte Methode zur Entkeimung von Trinkwasser durch Sonnenstrahlung in PET-Flaschen (SODIS Solar Water Disinfection) als Prävention, hauptsächlich von Durchfallerkrankungen. SODIS ist heute Teil des Paketes *Household water treatment* der WHO. Die Methode wird durch die EAWAG-Abteilung für Siedlungshygiene in Entwicklungsländern mit Partnern in über 20 Ländern eingeführt, u.a. für die Opfer der Tsunami-Katastrophe. Die Erfahrungen mit der Verbreitung der SODIS-Methode haben gezeigt, welche Anstrengungen erforderlich sind, um von einer guten Entdeckung bis hin zur Vermarktung eines Produktes zu gelangen. Marketingstrategien, Produkteentwicklung und Unternehmergeist sind in einem solchen Fall gefragt. Weiter wichtig bei dieser an sich einfachen Technologie ist die Frage, wie der Einsatz optimiert wird beziehungsweise alternative Methoden zur besseren Nutzung durch die Bevölkerung führen.

Die **Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Akteuren** bzw. öffentlicher Hilfe **und der Privatwirtschaft** hat sich beispielsweise in der Entwicklung von Medikamenten verstärkt. Die Schweiz beteiligt sich auch über multilaterale Agenturen an solchen Vorhaben, so am *Medicines for Malaria Venture (MMV)*¹⁷ oder an der *Esperanza Medicine Foundation*.¹⁸

Finanzielle Gewichte

Seit 2005 liegen vollständige Daten der Forschungsdatenbank ARAMIS¹⁹ zur Forschungsfinanzierung vor. Gesamthaft wurden über 50 Mio. CHF in diesem Bereich aufgewendet, davon ca. CHF 9 Mio. durch Aufträge, CHF 41 Mio durch Beiträge vergeben. Das Beispiel des Jahres 2005 illustriert die tendenzielle Verteilung der Finanzmittel an die Forschung in der abgelaufenen Periode:

17 <http://www.mmv.org/>

18 <http://www.esperanzamedicines.org/>

19 www.aramis.admin.ch

Die **Agrarforschung und Ländliche Entwicklung** wird mit dem grössten Anteil der finanziellen Mittel (über 20 Mio. CHF 2005) unterstützt. Die Mehrheit dieser Unterstützung erfolgt in Form von Beiträgen an internationale Forschungsprogramme. Grösster Einzelbeitrag ist der Beitrag von 12 Mio. CHF an die *Consultative Group on International Agricultural Research* (CGIAR). Weitere gewichtige Beiträge erhielten das *International Centre of Insect Physiology and Ecology* (ICIPE; 1,3 Mio. CHF), sowie regional ausgerichtete Agrarforschung. Wichtige Aufträge erfolgten beispielsweise an die Forschungspartnerschaft *Indo-Swiss Collaboration in Biotechnology* (ISCB; 1,8 Mio. CHF), oder an das *Center for Applied Bioscience International* (CABI) Schweiz. Forschung und Kompetenzentwicklung zu nachhaltigem Ressourcenmanagement und ländlicher Entwicklung in Ost- und Südafrika wird durch das *Eastern and Southern Africa Partnership Programme* (ESAPP) gefördert.

Zweitwichtigster Bereich ist der Bereich der **Gesundheitsforschung** (über 4 Mio. CHF 2005). Davon gingen 1,65 Mio. CHF als Beitrag an die Forschungsprogramme der WHO, 0,9 Mio. CHF an die *Public Private Partnership des Medicines for Malaria Venture* und, unter anderen bedeutenden Programmen, ein Beitrag an das *Ifakara Health Research and Development Centre* IHRDC.

Weitere bedeutende Beiträge gingen an die Forschung zu den Themen **Gouvernanz und Konfliktprävention**. CHF 1 Mio. wurde als Beitrag an das *International Research and Consulting Centre* (IRCC) des Instituts für Föderalismus der Universität Fribourg für Arbeit zum Thema Rechtsetzung und Dezentralisierung in multi-kulturellen Gesellschaften geleistet. Als weiteres Beispiel erfolgreichen Kapazitätsaufbaus dank langjähriger Unterstützung durch die DEZA und andere Donors sei hier der Bereich lokale Bürgerbeteiligung in Westafrika genannt (*Association ACE-Recit*).

Ökonomische Forschung wurde im Umfang von gut 1 Mio. CHF finanziert. In diesem Sektor wurden Forschung bezüglich Marktzugang für landwirtschaftliche Produkte in Lateinamerika ausgegeben (AgroPyme) sowie der Aufbau des Finanzsektors in Bolivien (PROFIN) wissenschaftlich unterstützt.

Für **Forschungspartnerschaften und Kompetenzaufbau** wurden rund 7 Mio. CHF aufgewendet. Wichtigster Teil ist hier der mit dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung SNF kofinanzierte Nationale Forschungsschwerpunkt Nord Süd NFS N-S zum Thema Linderung von Syndromen des Globalen Wandels, sowie die Spezial- und Regionalprogramme von SNF und DEZA in gemeinsamen Forschungsförderprojekten (SCOPES sowie Forschungspartnerschaften Nord-Süd).

Environmental Science and Technology in Romania ESTROM

ESTROM ist ein schweizerisch-rumänisches Forschungsprogramm, das die Erfassung der anthropogen eingebrachten organischen und anorganischen Schadstoffe im Wasser und deren Auswirkung auf die Umwelt zum Ziel hat. Im Vordergrund stehen i) die Aufnahme der Belastung auf Mensch und Umwelt, ii) die Bewertung der Gefahren und Risiken auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt sowie iii) die Ausarbeitung von Massnahmen, die für den Schutz von Mensch und Umwelt ergriffen werden können. Die Belastung natürlicher Systeme wie Flüsse, Seen und Grundwasser, aber auch Trinkwasser und Abwässer aus Industrie und Haushalten werden analysiert, darauf abgestützt Modelle entwickelt, auf deren Grundlage zusammen mit der Industrie, den Behörden und weiteren Akteuren Lösungen erarbeitet werden, um die belasteten Standorte zu sanieren und Mensch und Umwelt vor einem weiteren Eintrag zu schützen. ESTROM unterstützt somit nicht nur die Forschung als solche, sondern fördert deren Nutzen durch die Unterstützung des Transfers vom Labor in die Praxis, indem verschiedene Zielgruppen aus Wissenschaft und Politik, die Behörden auf allen Stufen, NGOs, Medien und die Bevölkerung orientiert werden. ESTROM wird von der DEZA und dem SNF ko-finanziert.

Von den insgesamt rund 52 Mio. CHF wurden ca. 20% in Programmen eingesetzt, die mehreren Sektoren, so zum Beispiel dem Thema ‚Mensch und Umwelt‘ zugute kommen. Die thematische Gewichtung lässt folgendes erkennen: Die Finanzierung der Forschung setzt die grössten Beträge **bei der direkt mit der Armutsreduktion verbundenen Forschung** ein (Landwirtschaft, Gesundheit, Wirtschaft und Beschäftigung). Steigende Bedeutung erhalten die Beiträge im Zielbereich menschliche Sicherheit (Gouvernanz, Konfliktprävention, Umwelt).

Forschungswirkung dokumentiert

Die Fragen nach dem besten Einsatz der Mittel der internationalen Zusammenarbeit bestimmen eine verstärkte **Wirksamkeitsdebatte**. Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Massnahmen, die Zuschreibung der Wirkungen und das Lernen aus den Erfahrungen werden durch methodisch fundierte Evaluationstätigkeit analysiert. Der schweizerische Ressortforschungsbereich Entwicklung und Zusammenarbeit hat sich verstärkt der Wirkungsdiskussion gestellt. Planung, Reporting und Evaluation gewähren eine **kontinuierliche Qualitätssicherung** gemäss den Richtlinien des Steuerungsausschusses für den Bereich Bildung, Forschung und Technologie.²⁰

Einkommen und Marktzugang durch Cluster-Entwicklung²¹

Seit 1998 unterstützt die DEZA ein Projekt der United Nation Industrial Development Organisation (UNIDO) zu Cluster-Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Indien. Die dabei durchgeführte angewandte Forschung hat zum Zweck die industrielle Entwicklung über Cluster-Bildung zu fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit auch für marginalisierte Produzenten und Produzentinnen zu steigern und Armut zu reduzieren.

Im Pilotprojekt wurden Clusters im Textilbereich (Heimwebereien) und in der Agro-Industrie (Verarbeitung von Früchten) untersucht und gefördert. Die bessere Organisation der Produzentengruppen und deren Vernetzung mit Händlern, lokalen NGOs und Anbietern von Dienstleistungen führten zu besserem Marktzugang und Einkommensmöglichkeiten, gerade auch für Frauen. Die Resultate des Pilotprojektes führten bereits zu verschiedenen Cluster-Projekten in mehreren indischen Bundesstaaten. Weitere sind geplant, so im Cashewnuss Sektor sowie in der Forstwirtschaft und in der Fischerei. Die Erfahrungen in Indien werden zunehmend auch im Süd-Süd-Austausch von guten Praktiken angewandt.

Im Rahmen ihrer Tätigkeiten haben sich die Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE und die DEZA mit der **Wirksamkeit von Forschungspartnerschaften** befasst und entsprechende Empfehlungen veröffentlicht.²² Forschung ist dann wirksam, wenn sie eine Umsetzung findet, sei es beispielsweise in der Definition von Politiken, oder in der Anwendung neuer Technologien. Dies impliziert den **Einbezug der Endnutzer**, sowie eine gemeinsame Konzepterarbeitung und einen partizipativen Lernprozess. Eine Studie des *Overseas Development Institute* in Grossbritannien (ODI) gibt konkrete Empfehlungen für die stärkere Berücksichtigung der Forschungsergebnisse im Politikbereich.²³

Die Evaluation verschiedener (Internationaler) Forschungsinitiativen (CGIAR, vgl. Kapitel 2.2; Research Fellow Partnership Programme (RFPP) zur Verbesserung der Forschungskapazität in Agrar-, Forstwirtschaft und dem Management Natürlicher Ressourcen; ESAPP zur Förderung nachhaltiger Bodennutzung und Regionalentwicklung; ISCB, welches mehrere landwirtschaftliche Produkte zur Verbesserung der Weizen- und Hülsenfrüchteleproduktion in marginalen Gebieten Indiens erstellt, getestet und weiter verbreitet hat) dokumentieren die Wirksamkeit der Forschungsunterstützung, sowie deren Transferrutzen, beispielsweise die verbesserte Ernährungssituation und parallel dazu verbesserter Marktzugang auf kommunaler Ebene. Erfolgreiche Kompetenzentwicklung wurde vor allem in Programmen mit langjährigem, zuverlässigem Engagement nachgewiesen. Der positive Beitrag an die Autonomie der armen Länder konnte beispielsweise in Westafrika, im Wassersektor, dokumentiert werden (siehe Kapitel 4.1).

20 Qualitätssicherung in der Ressortforschung des Bundes, Richtlinien vom 9. November 2005; <http://www.ressortforschung.admin.ch/html/intro-d.html#4>

21 In der Ökonomie spricht man von Clustern, wenn in geografischer Nähe unterschiedliche Produzenten, Zulieferer, Entwickler, Interessenverbände einer Branche Wertschöpfungsketten bilden

22 Maselli, D, Lys J-A, Schmid J. 2006: Improving Impacts of Research Partnerships. Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries, KFPE. GEOGRAPHICA BERNENSIA, Berne, 96pp. 2nd edition

23 Court, J, Hovland, I, Young, J. (eds) 2005: Bridging Research and Policy in Development: Evidence and the Change Process

Good Practices *

- Die Forschung ist gefordert, Wissen als Grundlage für den nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu entwickeln. Erkenntnisse multilateraler Institutionen und internationaler Akteure können für die Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit genutzt werden; Forschungsergebnisse können in die nationale und internationale Programm- und Politikgestaltung einfließen.
- Problemorientierte Forschung muss vermehrt ‚global‘ gestaltet werden. Vor dem Hintergrund der Globalisierung hat die wissenschaftliche Zusammenarbeit vermehrt gemeinsamen Problemfeldern von Entwicklungsländern und Industrienationen Rechnung zu tragen. Schweizer Forschung kann sich zu solchen Themen, wo elementares Wissen für Entwicklung gefördert werden kann, profilieren.
- Forschung ist dann wirksam, wenn sie sachdienliche Informationen oder Produkte liefert. Aufgabe der Forschenden ist es, Forschungsergebnisse an (potentiell) interessierte Abnehmende adäquat zu kommunizieren. Aufgabe interessierter AbnehmerInnen ist es, Fragen an die Forschungsgemeinschaft zu stellen.
- Transdisziplinäre Ansätze unterstützen die Relevanz und Umsetzbarkeit der Forschung
- Thematisch spezifische oder landesbezogene Aktionen sind dringend notwendig für die nachhaltige Bearbeitung akuter Notstände. Aufgrund des krassen Missverhältnisses zwischen den bestehenden Forschungskapazitäten und den Bedürfnissen vieler Entwicklungs- und Transitionsländer sind weiterhin – vermehrt – Investitionen in die Kompetenzentwicklung vonnöten.
- Wo immer möglich ist Forschung im Verbund mit anderen Akteuren und mittels internationaler Kräftebündelung durchzuführen. Alleingänge sind zu vermeiden, um Duplikationen zu umgehen und kritische Masse zu erreichen. Die Schweiz nimmt eine globale Verantwortung wahr.
- Der Zugang der Länder des Südens und Ostens zu Forschungsergebnissen und zu regionalen und globalen Netzwerken der Forschung muss gefördert werden.
- Bezüglich des Engagements der Schweiz in Ankerländern besteht die Herausforderung darin, angesichts der enormen Disparitäten (hier städtische Wissensgesellschaft, da marginalisierte Landbevölkerung und Slumbewohner) den Ertrag der wissenschaftlichen Forschung und der Technologieentwicklung für die Armutsbekämpfung zu nutzen.
- Mobilität der Forschenden muss positiv genutzt werden: Norden wie Süden, Osten wie Westen können durch eine Brain Circulation gewinnen. Massnahmen, welche dem Brain Drain entgegenwirken und die Rückkehr durch ein gutes Forschungsumfeld attraktiv machen, sind mit der Forschungszusammenarbeit mitzugestalten.
- Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit hat der Herausforderung mehrfacher Zielsetzungen zu genügen. Einerseits soll qualitativ hochstehende Forschung betrieben werden, welche sich entwicklungsrelevanten Themen widmet. Andererseits sind die Ansprüche mehrerer Partner einzubinden, sowie die Aspekte des Kompetenzaufbaus zu berücksichtigen.
- Forschungsprojekte sollen immer so gestaltet werden, dass eine Kompetenzentwicklung im Partnerland ermöglicht wird.
- Methodisch hat sich die Forschung noch stärker an der entwicklungspolitischen Wirkung zu orientieren. Das Monitoring der Forschung soll über die Ebene des Outputs hinaus gehen (direkte Forschungsergebnisse) und das Outcome der Forschung (Auswirkungen auf die Zielgruppen der Armutsbekämpfung) einem kontinuierlichen Monitoring unterziehen.

* Grundlegende *Good Practices* wurden von der KFPE erarbeitet^{24, 25, 26}

24 Maselli, D, Lys J-A, Schmid J. 2006: Improving Impacts of Research Partnerships. Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries, KFPE. GEOGRAPHICA BERNENSIA, Berne, 96pp. 2nd edition

25 Sieber P, Braunschweig T. 2005: Choosing the Right Projects: Designing Selection Processes for North-South Research Partnership Programmes. Bern: Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries, KFPE.

26 Guidelines for Research in Partnership with Developing Countries, 11 Principles. Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries KFPE, 2003, 3rd edition

3. Künftige Ausrichtung der Forschung

3.1. Strategische Ausrichtung

Mit dem UNO-Beitritt 2002 hat sich die Schweiz auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet. Die Schweiz hat mit ihrem Beitritt u.a. die für die Entwicklungszusammenarbeit wegleitende Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (2000) sowie die damit definierten acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDG's) übernommen.

Noch nie vorher hat die Menschheit die **gemeinsame Verantwortung aller Staaten** für die Verminderung der weltweiten Armut so konkret umschrieben wie in der Millenniums-Erklärung und den Millenniums-Entwicklungszielen. Bis zum Jahr 2015 soll die Armut auf der Welt halbiert werden. Alle Staaten, in Nord, Süd, Ost und West, sind in die Verantwortung zur Erreichung dieser Ziele eingebunden. Die **entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Schweiz** sind auf den **Beitrag zu den globalen Anstrengungen** hin ausgerichtet. Die **Forschung soll die Wissensgrundlage hierfür stärken**.

Mit ihrer Strategie 2010 erklärt die DEZA das Wissen zu einem der grundlegenden Werte, in den die Institution ihr Handeln einfügt. Der Schwerpunkt wird auf die Entwicklung von Kenntnissen und Wissen, auf *Know-how* und Kompetenz in den prioritären Sektoren der DEZA gelegt. Mit der Midterm-Review hat die DEZA im Jahr 2005 ihre inhaltliche **Ausrichtung an die aktuellen Herausforderungen** angepasst und konzentriert. Das SECO hat mit der Agenda 2010 die strategische Ausrichtung auf die **Armutsbekämpfung** konsistent und kohärent gebündelt.

Armutsbekämpfung und menschliche Sicherheit in globaler Partnerschaft: unter diesem Motto hat der Bundesrat 2006 den Rahmen für die Ausrichtung der Schweizer Entwicklungspolitik gesteckt²⁷. Der **Fokus der Entwicklungsanstrengungen richtet sich auf die armen Länder, insbesondere jene Afrikas**. Um ein nachhaltiges Wachstum zu sichern steht die **Stärkung von menschlichen und institutionellen Kapazitäten** im Vordergrund.

Die **Einordnung** der thematischen Auffächerung der schweizerischen Entwicklungsaktivitäten **in die internationale Entwicklungsagenda**, gegeben durch die Millenniumserklärung und die Millenniums-Entwicklungsziele und entsprechende durch Forschung angegangene Themen ist in der Tabelle des Kapitels 3.2 gegeben. Hat auch die **Armutsbekämpfung höchsten Stellenwert** für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit, so ist doch von einem permanenten **Zusammenwirken der drei Dimensionen Armutsreduktion, Sicherheitsrisiken und entwicklungsförderliche Globalisierung** für die Entwicklung auszugehen.

Die Forschung bezweckt das **Generieren von spezifischem, entwicklungsrelevantem Wissen**, welches zur Lösung anstehender Entwicklungsfragen beiträgt, oder der Programmentwicklung dienlich ist.

Forschung im Bereich ‚Entwicklung und Zusammenarbeit‘ verfolgt weiter das **Ziel der Stärkung von Forschungs-Kapazitäten** in den Entwicklungs- und Transitionsländern, verbunden mit der **Ermächtigung für eigenständiges Forschen** und Reduzieren der Abhängigkeiten von industrialisierten Ländern. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit dient somit der Hilfe zur Selbsthilfe, welche die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit anstrebt. Die genannten Ziele, sowie die Prinzipien der Forschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit sind in der Forschungspolitik der DEZA²⁸ festgehalten.

Forschung im Bereich ‚Entwicklung und Zusammenarbeit‘ bettet sich ein in die Entwicklungsherausforderungen, welchen sich die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit stellt (und welche in nachfolgender Figur abgebildet sind).

27 Aussprachepapier - Aussenpolitischer Bericht 2006, Mai 2006

28 Research Policy of the Swiss Agency for Development and Cooperation (SDC), 2002

Themenportfolio der DEZA (Themen und Schwerpunkte)

Gesundheit

- Reproduktive Gesundheit (inkl. Mutter- und Kind-gesundheit)
- Übertragbare Krankheiten (HIV/Aids-mainstreaming, Malaria, TB u. a.)
- Gesundheitssysteme und -dienstleistungen

Wasser

- Water for people (Trink-, Abwasser)
- Water for food (Nahrung) and nature (Wasserein-zugsgebiete)

Landwirtschaft, Ländl. Entwicklung

- Ländliche Produktions- und Dienstleistungs-systeme
- Nachhaltige Nutzung Natürlicher Ressourcen (Desertifikation, pflanzen-genetische Ressourcen, Boden- und Waldnutzung)

Umwelt

- Biodiversität
- Klimawandel(Energie-effizienz, Adaptation)

Migration

- Migrationspolitik (entwicklungspolit. Aspekte, Partner-schaften, Menschen-handel)
- Rückkehrprogramme (Flüchtlinge, IDPs)

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

- Staatsreform (Dezentralisierung, Demokratie, Justizsysteme)
- Wirtschafts- und Fiskalpolitik
- Menschenrechte

Armutsreduktion

MDG
1-7

Transversale Themen

- Gender und Jugend
- Gouvernanz

MDG 8

Human
Security

Globale
Partnerschaft

Menschliche
Sicherheit

Bildung

- Grundbildung, Bildungssysteme
- Alphabetisierung
- Berufliche Bildung

Wirtschaft und Beschäftigung

- Privatsektorent-wicklung
- Finanzsektorent-wicklung

Konfliktprävention und -transformation

- Gewaltprävention
- Krisenintervention und Postkonfliktmanagement

Regionale und globale wirtschaftliche Integration

- Regionale Integration
- Umwelt und Handel
- Multilaterale Handelspolitik

Prozess- und Methodenwissen, Forschung

Thematisch fächert sich der Beitrag der **DEZA** zur Armutsreduktion (Millenniumsentwicklungsziele MDG 1-7) auf in die Bereiche „Landwirtschaft, Ländliche Entwicklung, Umwelt“, „Soziale Entwicklung: Gesundheit, Wasser, Bildung“ und „Wirtschaft und Beschäftigung“. Zur Globalen Partnerschaft (Millenniumsentwicklungsziel MDG 8) trägt der Themenbereich „Regionale und globale wirtschaftliche Integration“ bei. Der Beitrag zur Menschlichen Sicherheit wird durch die Bereiche „Rechtsstaatlichkeit, Konflikttransformation, Migration“ gewährleistet. Gouvernanz- und Gender-Sichtweisen werden transversal über alle Themen bearbeitet. Die Tabelle im Kapitel 3.2 gibt einen systematischen Überblick über die angegangenen Forschungsfelder.

Der **SECO**-Beitrag reiht sich in dieselben Themenbereiche ein: „Förderung der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft und des nachhaltigen Wachstums, Förderung der besseren Weltmarktintegration und Mobilisierung privater Ressourcen“ als Beiträge zur Armutsreduktion. Die „Förderung der guten Regierungsführung und der ökonomischen Gouvernanz“ als Beitrag zur Menschlichen Sicherheit, und die „Stärkung des Einflusses der Schweiz in den multilateralen Entwicklungsbanken“ als verstärkte Ausrichtung an Globaler Partnerschaft.

3.2. Forschungsfelder entsprechend den zentralen Zielen der schweizerischen Entwicklungspolitik

Entwicklung und Armutsbeseitigung		Schutz unserer gemeinsamen Umwelt	Stärkung der Vereinten Nationen und der global governance	Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung	Frieden, Sicherheit und Abrüstung	Zielbereiche Millenniums Erklärung
Gesundheit, Bildung, Wasser	Wirtschaft und Beschäftigung	Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt	Globale Partnerschaft, Entwicklung, Handel	Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie	Konfliktprävention, Transformation, Migration	Schutz der Schwächeren: Transversale Themen Gendergleichstellung und Gouvernanz
<ul style="list-style-type: none"> • Zugang zu sozialen Dienstleistungen für Arme, inkl. Soziale Sicherungs-Systeme • Gesundheitssysteme; Zugang zu und nachhaltige Finanzierung von Gesundheitssystemen für Arme • Armutskrankheiten: Prävention und Behandlung von vornehmlich HIV/Aids, Malaria, TB • Reproduktive Gesundheit; Mutter-/Kindgesundheit • Aufbau und effizienter Betrieb von Wassernutzungssystemen; PPP-Modelle • Bildung und Bildungssysteme in Entwicklungs- und Transitivonsländern 	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche Aus- und Weiterbildung; Dynamik der Arbeitsmärkte • Finanzsektor-Entwicklung; Zugang zu Finanzdienstleistungen für die Armen • Privatsektor-Entwicklung; Public Private Partnerships; Nachhaltigkeit der Unternehmensestätigkeit; Marktzugang für Arme 	<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltige Intensivierung von landw. Produktion und Vermarktung • Produktentwicklung und Risk Management; Finanzdienstleistungen für Landwirtschaft • Vorhersage von Umwelt-risiken; Schadensvermindering • Ökologische Funktionen der Land- und Forstwirtschaft; Ressourcendynamik; Ökosysteme, biokulturelle Systeme; • Politiken zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen (Land, Wasser, Genetische, Energie, etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe des Südens an Global Governance • Gestaltung der Aussenhandelspolitik; Kohärenz der Politik-Sektoren • Neue globale Politiknetzwerke und staatlich-private Entwicklungspartnerschaften • Rolle der aufstrebenden Staaten, auch als Donors; Einfluss auf Entwicklungspolitischen und Globalpolitischen Ebene • Implementierung der ‚Paris Declaration‘ (Harmonisierung; Aid Architecture; Alignment; Entwicklungsförderung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Dezentralisierung und Rechtsstaatlichkeit; Lokale Gouvernanz; Geschlechtergleichstellung • Soziale Bewegungen, Prozesse der Partizipation und Rolle des Staats • Lokale Selbstverwaltung in Transitionsländern 	<ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungskapitalisierung zu Konfliktsensitivem Programm-Management; Zu ‚Wasser und Konflikt‘ • Risiko-Analyse und Staatzzerfall; Konfliktodynamiken, Wasser und Konflikte • Friedensarbeit; Frieden und Konfliktprävention • Migration; Zusammenhänge von Armut, Entwicklung, Migration und Konfliktprävention • Business and Peace; Friedensfördernde Public Private Partnerships 	
MDG 1-7 Armutsreduktion		MDG 8 Entwicklungsförderliche Globalisierung		Sicherheitsrisiken		

Ergänzung der Forschung durch internationale Vernetzung

Die Schweiz bezieht ihr Wissen auch aus internationalen Forschungsnetzwerken, oder Netzwerken, welche ‚Wissen‘ zum Politikdialog und der Politikgestaltung verwerten. Besonders Wissen über Entwicklung, Wissen zur Auswirkung globalpolitischer Prozesse, zur entwicklungsförderlichen Globalisierung oder der Kohärenz verschiedener Sektorpolitiken, kurz, die Erforschung der geo- und entwicklungspolitischen Szene ist hier von Belang. **Austausch von Wissen und Konzepten** mit anderen Gebern, und in Netzwerken, dient der effizienten Gestaltung der Entwicklungspolitik. Wichtige Partner der Schweiz sind beispielsweise das *Overseas Development Institute* (ODI, z.B. Forschung zu den Modalitäten harmonisierter internationaler Zusammenarbeit), das *European Centre for Development Policy Management* (ECDPM, z.B. zu Fragen der EU-Entwicklungspolitik und deren Umsetzung in Ländern Ost-, West- und Südafrikas) oder die *European Association of Development Research* (EADI), welche nebst Training und Forschung zu entwicklungsbezogenen Themen auch den internationalen Dialog zu globalpolitischen Herausforderungen fördert und eine Plattform für entsprechende Publikationen bietet.

Weiter unterstützt auf globaler Ebene beispielsweise das *Global Development Network* (GDN) sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung mit dem Ziel, politikrelevante Ergebnisse für die Regierungen und Entwicklungsagenturen bereitzustellen. Bezüglich der ökonomischen Forschung im Mittleren Osten und Nordafrika dient das *Economic Research Forum* (ERF) als Plattform für Forschung und Austausch mit der Politik.

Im Bereich Landwirtschaft und natürliche Ressourcen stellt das CGIAR das Referenznetzwerk dar.

Erfahrungsaustausch über die entwicklungsrelevante Forschung in und mit Entwicklungsländern erfolgt im *International Forum for Research Donors* (IFORD).

3.3. Prinzipien der Ressortforschung im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit

Die Erfahrungen in der Umsetzung des Forschungskonzeptes Entwicklung und Zusammenarbeit 2004-2007 und die Schlussfolgerungen aus den Auswertungen der Forschungspartnerschaften und der internationalen Programme erlauben es, die wichtigsten strategischen Prinzipien der Ressortforschung für die folgende Phase zu definieren:

Konzentration auf Stärken

In der Schweiz hat eine Reihe wissenschaftlicher Bereiche, welche auch für die Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung sind, internationales Renommee erreicht. So hat die Präsenz einer wichtigen pharmazeutischen Industrie die Gesundheitsforschung besonders motiviert. Auch ist die Schweiz international führend in der Biotechnologie-Forschung. Die Entwicklung nachhaltiger Landbauformen fand im deutschsprachigen Raum ihren Ausgangspunkt und die Schweizer Forschung hat sich in der Weiterentwicklung der organischen Landwirtschaft, integrierten Anbausystemen mit Pflanzenbau sowie Tierproduktion profiliert. Der Umgang mit fragilen Ökosystemen, beispielsweise in der Alpenregion hat die Schweiz prädestiniert zur Initiatorin eines internationalen Austausches bezüglich Entwicklung in Bergregionen. Oder die lange föderalistische Praxis hat die Beschäftigung mit Bedingungen und Mechanismen des Föderalismus angeregt. In solchen Gebieten der Stärke kann die Schweiz besonders zur internationalen Forschungslandschaft beitragen.

Langfristige Ausrichtung

Die Schweiz hat einzelne **Partnerschaften in spezifischen Themenbereichen mit Forschungseinrichtungen im Süden** über lange Jahre gepflegt und dadurch gute Ergebnisse erzielt, beispielsweise in der Zusammenarbeit mit dem *Centre Suisse de Recherches Scientifiques en Côte d'Ivoire* (CSRS), das wichtige Beiträge leistet, z.B. zum Thema Mangelernährung und Nahrungssicherheit oder zur Biodiversität des Tropen-

waldes und den biologischen Eigenschaften, die in der Pflanzenmedizin genutzt werden können. Kontinuität und Langfristigkeit in der Ausrichtung ermöglicht es, Forschung entwicklungswirksam zu nutzen.

Capacity development

Bei der Forschungszusammenarbeit steht nicht nur das Forschungsergebnis im Focus, sondern auch der **Beitrag zur Stärkung der Forschungskompetenz und -systeme**. Das ICDDR,B hat sich, gerade auch aufgrund der Prävalenz der Gesundheitsprobleme in Bangladesh, zu einem weltweit führenden und vernetzten Forschungszentrum zu Durchfallerkrankungen und Mutter-Kind-Gesundheit entwickelt.

Umsetzungsorientiert

Neues Wissen wird erst entwicklungsrelevant, wenn seine **Potenziale durch Umsetzung** genutzt werden. Die Erforschung der Arsen-Verminderung und antibakteriellen Behandlung von Wasser in Pet-Flaschen durch Sonnenlicht erscheint auf den ersten Blick unspektakulär. Die Umsetzung der Forschung der EAWAG in der Sicherung von sauberem Trinkwasser in Bangladesh hat aber enorme Wirkung auf die Gesundheitssituation der betroffenen Bevölkerung. Die Übernahme und breite Anwendung von Forschungsergebnissen in die Praxis (*scaling up*) ist ein entscheidender Faktor für die Relevanz der Forschung.

Partnerschaftsorientiert

Forschungspartnerschaften zwischen Institutionen in der Schweiz und in Entwicklungs- und Transitionsländern sind ein wichtiges Instrument, um nicht nur Wissens-, sondern auch Kompetenzentwicklung auf institutioneller und individueller Ebene zu fördern. Die partnerschaftliche Arbeitsweise sichert die **Ausrichtung der Forschung auf die Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungs- und Transitionsländer**. Gemeinsame Entscheide über Ziele und geteilte Verantwortung sind wichtige Prinzipien der Partnerschafts-Orientierung.

Nachfrageorientiert

Die Zusammenarbeit mit Institutionen der Entwicklungs- und Transitionsländer bietet die Chance, Forschung **auf die Bedürfnisse und Prioritäten dieser Länder auszurichten**. Dies entspricht der Philosophie der neuen Modalitäten der Internationalen Zusammenarbeit (*country led strategies* – Armutsreduktionsstrategien, in welchen die Empfängerländer die Strategien in Partnerschaft mit den Geber-Agenturen definieren), welche die Verantwortung der Entwicklungs- und Transitionsländer stärken will. Für die Priorisierung der Forschungszusammenarbeit ist die Relevanz bezüglich der Entwicklungsbedürfnisse entscheidend.

Nationaler Forschungsschwerpunkt Nord-Süd

Seit 2001 forscht das schweizerisch-internationale Forschungsprogramm NCCR North-South (NFS Nord-Süd, englisch NCCR North-South²⁹) in acht Regionen weltweit und in der Schweiz zum Thema „Linderung von Syndromen des Globalen Wandels“. Das Programm ist einer von 20 Nationalen Forschungsschwerpunkten (NCCR) des Schweizerischen Nationalfonds SNF. Durch das Instrument der NCCR werden langfristig angelegte Forschungsvorhaben zu Themen von strategischer Bedeutung für die Zukunft der schweizerischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft gefördert. Drei Hauptaspekte prägen die NCCR: exzellente und international sichtbare Forschung, Wissens- und Technologietransfer sowie Ausbildung und Frauenförderung. Zudem sollen die Forschungsschwerpunkte zur besseren Strukturierung der schweizerischen Forschungslandschaft beitragen.

Das NCCR North-South hat eine geplante Laufzeit von zwölf Jahren. Es wird von DEZA und SNF mit gleichen Anteilen ko-finanziert.

Ziel der rund 400 Forschenden ist es, konkrete Lösungen für die dringendsten Probleme in den Ländern des Südens und Ostens durch qualitativ hochstehende wissenschaftliche Forschung zu finden. Zu diesem Zweck führt das NCCR North-South disziplinäre, interdisziplinäre und transdisziplinäre Studien im Bereich nachhaltige Entwicklung in einem Netzwerk von schweizerischen und ausländischen Forschungsinstitutionen durch. Besonderes Gewicht wird der Förderung der Forschungskapazitäten in Ländern des Südens und Ostens beigemessen, damit in Zukunft diese Länder ihre Probleme aus eigener Kraft angehen können.

In der aktuellen Phase (2005-2009) werden die folgenden Themenbereiche durch das NCCR North-South in Zusammenarbeit mit Partnern im Süden und Osten in neun Forschungsregionen bearbeitet (in Klammer die beteiligten Schweizer Partner):

- Gouvernanz und Konflikttransformation (swisspeace; Universität Genf)
- *Livelihood*-Strategien und Globalisierung (Universität Zürich; EPFL),
- Gesundheit und Siedlungshygiene (Universität Basel; EAWAG/ETHZ),
- Natürliche Ressourcen in nachhaltiger Entwicklung (Universität Bern),
- Syndromlinderung und ihre konzeptionelle und methodologische Basis (alle gemeinsam).

Strukturbildend soll eine interuniversitäre *Graduate School of Sustainable Development* ab 2009 die Forschung und Ausbildung in nachhaltiger Entwicklung institutionell verankern. Verbunden mit der Ausbildung und der partnerschaftlichen Forschungsarbeit sollen die Aktivitäten in den neun Forschungsregionen weitergeführt werden.

Die programmbegleitenden jährlichen Evaluationen durch eine internationale Expertengruppe sind durchwegs positiv ausgefallen. Die gute Bewertung des komplexen Programms und seiner Programmkomponenten wird unterstrichen durch die hohe Publikationstätigkeit des Programms.

Aus dem NCCR North-South können verschiedene Lehren gezogen werden. Zum einen ist ein breites Forschungsnetzwerk mit institutionellen Partnern im Süden und Osten und in der Schweiz eine Voraussetzung für erfolgreiche und innovative Forschung. Das gegenseitige Lernen schafft Mehrwert insbesondere auch für Forschende aus der Schweiz. Zum anderen ist angesichts der begrenzten Forschungsmittel und –dichte im Süden die lösungsorientierte Forschung im Dialog mit den Betroffenen (Transdisziplinarität) und zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen (Interdisziplinarität) in Süd und Nord anzustreben. Weiter ermöglicht das Forschungsprogramm auch direkten Austausch von Kompetenzen und Erfahrungen zwischen den Südpartnern aus den verschiedenen Forschungsregionen. Eine weitere Lehre ist, dass die Umsetzung der Forschungsergebnisse und die Wirkungsüberprüfung als integrale Teile des Prozesses der Entwicklungsforschung zu behandeln sind.

Transdisziplinär – Akteurorientiert – Systemisch

Die Forschung bezüglich Entwicklung und Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren stärker systemisch ausgerichtet. Im Zentrum des Interesses stehen verstärkt die Lebensrealität und –qualität der Menschen und die Bemühungen zur Reduktion der Armut als die isolierte Sektorforschung. Das Vorgehen ist vermehrt transdisziplinär, bezieht sich also auf die gesamte Akteurkette aus beteiligter Bevölkerung, Politik und Forschung. Hierbei sind alle betroffenen Akteure von Anbeginn des Forschungsvorhabens in der Planung einzubeziehen. Dabei ist, nach Möglichkeit, immer die Rolle des Staates als rahmenbildende Instanz miteinzubeziehen.

3.4. Zukünftige finanzielle Gewichtung

Im Rahmen der Millenniumsinitiative und der globalen Debatte um die Entwicklungszusammenarbeit³⁰ besteht Konsens über die Bedeutung **gestärkter internationaler Solidarität und Kräftebündelung**. Gemeinsames globales Vorgehen reduziert aber nicht die Wichtigkeit von gezielten **lokalen oder regionalen Einsätzen** für die Linderung akuter Notstände durch nachhaltige Ansätze. Multilaterales und bilaterales Vorgehen sind komplementär zu gestalten, auch in der entsprechenden thematischen Forschung.

Die Forschungstätigkeit im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit der kommenden Jahre kann somit weitgehend das Bestehende fortschreiben, indem einerseits durch **Mitwirken an internationalen Initiativen und Forschungsprogrammen** die globale Verantwortung wahrgenommen wird, und andererseits in **thematisch spezifischen oder landesbezogenen Aktionen das notwendige Wissen** für die nachhaltige Bearbeitung lokaler Entwicklungsherausforderungen gefördert wird. Die Förderung von Forschungs Kompetenzen in Entwicklungs- und Transitionsländern bleibt nach wie vor eine vordringliche Aufgabe der Forschungsunterstützung.

Die Finanzierung der Forschung durch die DEZA für den Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit wird sich in den Jahren 2008-2011 (Änderungen hinsichtlich neu auftretender Entwicklungsherausforderungen vorbehalten) **im bisherigen Rahmen** bewegen. Die landwirtschaftliche Forschung wird nach wie vor den grössten finanziellen Beitrag erhalten. Auch die Gesundheitsforschung wird ihren wichtigen Stellenwert weiterhin haben. Angesichts globalpolitischer Veränderungen ist davon auszugehen, dass Forschung zu den Themenbereichen rund um **„Entwicklungsförderliche Globalisierung“** und **„Menschliche Sicherheit“** an Bedeutung gewinnen wird.

In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich Neuerungen aufgrund der **Anpassung an globalpolitische Veränderungen**. Im Ankerland Indien orientiert die DEZA ihre Zusammenarbeit neu. Indien, einerseits aufstrebende Wirtschaftsmacht mit enormen Investitionen in Technologie- und Wissensentwicklung, andererseits ein Land mit Armut und Diskriminierungen, unter denen ein Grossteil der Bevölkerung leidet, richtet sich verstärkt auf die Integration in die globale Wirtschaft aus. Die DEZA formuliert ihre **künftige Zusammenarbeit mit Indien** in einem ‚Partnerschaftsprogramm‘, wo den Interessen beider Staaten Rechnung getragen wird, die Armutsorientierung jedoch beibehalten ist. Science and Technology wird ein Teilbereich dieser Zusammenarbeit sein.

Im Rahmen des **schweizerischen Erweiterungsbeitrags an die Neuen EU-Mitgliedstaaten** besteht die Möglichkeit, bedeutende Investitionen in Forschung und Entwicklung zu tätigen. Die folgenden beiden Ziele sind formuliert: Stärkung des **wissenschaftlichen Humanpotenzials** durch erleichterten Zugang zur Bildung und durch selektive Förderprogramme; **Förderung der Wissensnutzung** aus der angewandten Forschung und Entwicklung. Erreicht werden sollen diese Ziele durch eine Reihe von Instrumenten wie Kapazitätsaufbau, Stipendien oder Partnerschaften welche in Anpassung an die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

30 U.a. anlässlich der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung von Monterrey 2002, die den sog. Monterrey Consensus erarbeitete.

3.5. Weitere schweizerische Akteure

Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF

Von der zunehmenden Bedeutung der Länder des Südens und Ostens zeugt auch das steigende Interesse der Wissenschaftsszene an Nord-Süd Forschungsk Kooperationen. Für die Periode 2008-2011 beantragt das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) **zusätzliche Mittel für die bilaterale Zusammenarbeit** zwischen der Schweiz und Ländern ausserhalb Europas. Institutionen des Schweizer Wissenschaftsbereichs sollen neue Initiativen in bilateraler Zusammenarbeit mit Partnern aus **strategisch wichtigen ausser-europäischen Ländern wie China, Indien, Südafrika und Russland** umsetzen. Davon erwartet der Bundesrat eine sinnvolle Ergänzung zur bislang auf Europa ausgerichtete Wissenschaftsaussenpolitik des Landes. Diese Tätigkeiten erfolgen teils in Schwerpunktregionen der Entwicklungszusammenarbeit, verfolgen jedoch in erster Linie forschungspolitische Interessen. Die Kohärenz der Interventionen der Schweiz wird dadurch gewährleistet, dass Vorhaben mit Ländern und zu Themen, welche verschiedene Ämter betreffen, in gegenseitiger Absprache erfolgen.

Auf dem **Afrikanischen Kontinent** wird das SBF **punktuellen Projekte** mit Entwicklungspotential unterstützen. So unterstützt die Schweiz langfristig das *Centre Suisse de Recherche Scientifique* in Abidjan, Elfenbeinküste, sowie das *Ifakara Health Research and Development Centre* in Tansania.

Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung SNF

Der Schweizerische Nationalfonds und die DEZA kofinanzieren seit vielen Jahren die **Kooperationsprogramme SCOPES** (Scientific Cooperation Programme between Eastern Europe and Switzerland) und ‚Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern‘. ESTROM, sowie der NCCR N-S sind ebenfalls gemeinsam von SNF und DEZA finanziert.

Als Beitrag zum politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel in Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) sowie zur Stärkung der Grundlagen für nachhaltige Entwicklungsprozesse in Ländern des Südens, plant der **SNF** einen **Ausbau seines Engagements** in diesen Ländern.

Eidgenössische Stipendienkommission für Ausländische Studierende ESKAS

Zur Förderung und Vertiefung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Ausland gewährt der Bund alljährlich über die Eidgenössische Stipendienkommission für Ausländische Studierende (ESKAS) **Stipendien an begabte junge Forschende** und Kunstschaffende. Dieses Instrument stärkt nebst den ausserpolitischen Beziehungen auch die interuniversitären Kooperationen und ist ein wichtiges Instrument des Dialogs. Die Wahl der Herkunftsländer wird in Zukunft vermehrt auf Grund der Prioritäten der bilateralen wissenschaftlichen Strategie des Bundes festgelegt, welche vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF verwaltet wird.

Beteiligung an europäischen Forschungen, Unterstützung der Forschung in Europa

Mit der Beteiligung am 7. Forschungsrahmenprogramm der EU (*Specific International Scientific Cooperation Activities INCO, Future Framework Programme 2007-2013*) wirkt die Schweiz auch an diversen Projekten in Osteuropa und der GUS, sowie teilweise in Entwicklungsländern mit. Sie beteiligt sich auch an weiteren **Europäischen Programmen**, beispielsweise der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST), oder der *European and Developing Countries Clinical Trial Partnership* (EDCTP) betreffend die Armutskrankheiten Aids, Malaria und Tuberkulose.

Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten EDA

Im Rahmen des Engagements bei den Vereinten Nationen verfolgen die schweizerischen Behörden eine Politik der Öffnung und unterhalten breite Beziehungen mit der Zivilgesellschaft. Der Bundesrat hat in seinem Bericht über das Verhältnis der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz³¹ die Bedeutung unterstrichen, welche er der Unterstützung durch die Zivilgesellschaft bei der Orientierung und Umsetzung der **Aussenpolitik** beimisst. Hierin hat der **Einbezug der Forschenden** ein wichtiges Gewicht.

Die Politische Abteilung III (Vereinte Nationen und andere Internationale Organisationen) des Departements für Auswärtige Angelegenheiten EDA hat ein Projekt mit dem Titel « UNO academia » in Angriff genommen, das zum Ziel hat, gute Bedingungen für einen regelmässigen **Dialog** zwischen Forschenden, VertreterInnen bei den internationalen Organisationen und MitarbeiterInnen der Bundesverwaltung im Bereich der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu schaffen. Neben dem Dialog soll die Tätigkeit schweizerischer Forschender für die Aufgaben der UNO mobilisiert werden. Forschende sollen zudem vermehrt die **Grundlagen für schweizerische Initiativen** im Rahmen der UNO erarbeiten, wie dies bei den Arbeiten des Instituts für öffentliches Recht der Universität Bern bei der Initiative zur Schaffung des UNO-Menschenrechtsrats der Fall war.

Für die Interessenbereiche des EDA/PA geht es um die Förderung des Verständnisses für die **Zusammenhänge zwischen Konfliktbewältigung, Entwicklung und Sicherheit** sowie für neue Phänomene in Bezug auf Konflikte; um die Identifizierung von „Nischen“, in welchen die Schweiz dank ihrem spezifischen Beitrag einen **Mehrwert zu Gunsten des Friedens** leisten kann.

Bundesamt für Umwelt BAFU

Das Bundesamt für Umwelt BAFU teilt die Einschätzung, dass Klima, Biodiversität und andere **globale Umweltprobleme eine Herausforderung** darstellen, der nur auf der Grundlage einer **soliden Wissensbasis** begegnet werden kann. Das BAFU ist das federführende Amt bezüglich der beiden am Nachhaltigkeitsgipfel von Rio verabschiedeten **Konventionen zum Klima und zur Biodiversität** und unterstützt deshalb kontinuierlich Forschung, welche das politikrelevante Wissen in diesen Bereichen erweitert.

Bundesamt für Gesundheit BAG

Das Bundesamt für Gesundheit unterstützt die Gesundheitspolitik der DEZA und somit den **globalen Ansatz im Gesundheitsbereich** in den Entwicklungs- und Transitionsländern, inklusive den transsektoriellen Forschungsansatz. Diese Politik entspricht dem neuen Paradigma der öffentlichen Gesundheit, die vom BAG unterstützt wird.

Bundesamt für Landwirtschaft BLW und Forschungsanstalten Agroscope

Das Bundesamt für Landwirtschaft BLW setzt sich dafür ein, dass Bäuerinnen und Bauern nachhaltig und auf den Markt ausgerichtet qualitativ hochwertige Nahrungsmittel produzieren. Es setzt sich für eine multi-funktionale Landwirtschaft ein, die einen wesentlichen Beitrag leistet zur sicheren Versorgung der Bevölkerung, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft sowie zur dezentralen Besiedlung des Landes. Das BLW gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Dem BLW unterstellt sind die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten Agroscope und das Nationalgestüt in Avenches.

Agroscope ist im **landwirtschaftlichen Wissenssystem ein zentraler Akteur** und deshalb prädestiniert, Wissen für die Landwirtschaft, Politik und Gesellschaft bereitzustellen. Dabei wird die Haupttätigkeit von

31 Bericht 2006 über das Verhältnis der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz vom 31. Mai 2006

Agroscope weiterhin die Entwicklung und Verbesserung von Produktionssystemen in der Landwirtschaft sein. Die Querschnittsbereiche „Landwirtschaft-Umwelt“ und „Entscheidungsgrundlagen für die Betriebsführung“ sowie die Tätigkeitsbereiche „Tiergesundheit und Tierwohl“ und vor allem „Produktqualität und -sicherheit und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit“ werden in der Zeitspanne 2008 - 2011 gestärkt. Agroscope wird 2008-2011 drei fachübergreifende Forschungsprogramme in den Bereichen Produktqualität und -sicherheit, Gesundheit und Ernährung, konkurrenzfähige Pflanzenproduktionssysteme im Talgebiet sowie in der Entwicklung, Umsetzung und Begleitung von zukunftsfähigen Produktionssystemen in montanen Räumen durchführen.

Agroscope ist prädestiniert, **mit Forschungsinstitutionen des Südens zusammen zu arbeiten**, sei dies zum Beispiel in gemeinsamen Projekten, durch Wissensaustausch und durch Adaption von in der Schweiz entwickeltem Wissen sowie durch den Austausch von Wissenschaftlern. Besondere Berührungspunkte von Agroscope zum vorliegenden Ressortforschungskonzept Entwicklung und Zusammenarbeit finden sich im Kapitel 3.2 im Bereich „Schutz unserer gemeinsamen Umwelt“.

Bundesamt für Energie BFE

Das Bundesamt für Energie BFE ist grundsätzlich offen für die Förderung gemeinsamer Projekte von Schweizer Forschungsstätten mit Partnern aus Entwicklungsländern. Speziell unterstützt werden Vorhaben zur Umsetzung von (neuen) Forschungserkenntnissen in Entwicklungs- und Transitionsländern. In diesem Sinn nimmt das BFE teil an der ‚Interdepartementalen Plattform zur **Förderung der erneuerbaren Energien** in der internationalen Zusammenarbeit (REPIC)‘ sowie an der internationalen ‚Partnerschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (REEEP)‘. Die Aktivitäten des BFE erfolgen grundsätzlich in Absprache mit der DEZA.

Private Stiftungen

Private schweizersische Stiftungen finanzieren ebenfalls Forschung im Entwicklungskontext. Beispielsweise fördert die **Syngenta Stiftung** für Nachhaltige Landwirtschaft Innovationen, welche der armen ländlichen Bevölkerung in semi-ariden Gebieten zugute kommen sollen und die Nahrungssicherheit erhöhen. Sie unterstützt Programme in Brasilien, Mali, Eritrea, Kenia, Uganda und Indien. Die **Nestlé Stiftung** für das Studium der Ernährungsprobleme der Welt unterstützt Forschung im Feld der Beeinflussung der Gesundheit durch Ernährung und richtet Stipendien aus. Die **Novartis Stiftung** für Nachhaltige Entwicklung verbindet Forschung und Entwicklungsaktivitäten mit entwicklungspolitischem Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit in der Schweiz.

4. Thematische Forschungsprioritäten

Die thematischen Forschungsprioritäten im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit gliedern sich nach den zentralen Zielen der schweizerischen Entwicklungspolitik und dem internationalen Rahmen entsprechend Kapitel 3. Die nachfolgenden Ausführungen illustrieren die **Ausrichtungen der einzelnen Forschungsfelder**. Die Ausrichtungen gelten als **Orientierungsrahmen** bei der Erteilung von Forschungsaufträgen und bestimmen die Stellungnahme und Mitgestaltung bei internationalen Forschungsvorhaben, die mit Beiträgen unterstützt werden. Der Orientierungsrahmen muss ausreichende Flexibilität bieten, um auf zukünftige Entwicklungen eingehen zu können und die Forschung partnerschaftlich gestalten zu können.

Beim Entscheid über Forschungsaufträge und –beiträge gilt in allen Fällen das Kriterium der **Umsetzbarkeit und Zielgerichtetheit** im Hinblick auf die entwicklungspolitische Ausrichtung der Schweiz. Vorhaben werden zudem auf ihren Beitrag zur Stärkung der Forschungskapazitäten in den Partnerländern hin hinterfragt, und sie setzen die 11 Prinzipien³² für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern der Schweizerischen Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE sachdienlich um.

4.1. Soziale Entwicklung: Gesundheit, Wasser, soziale Dienstleistungen, Bildung

Rückblick

Der *Livelihood*-Ansatz³³ und die stärkere Konzentration auf Armutsbekämpfung haben in den letzten Jahren im Themenbereich Soziale Entwicklung zu einem transsektoriellen Referenzrahmen geführt, was implizit auch in die Forschungsunterstützung einfließt. Forschung und Innovation im Bereich Soziale Entwicklung haben sich auf ein Kontinuum von Grundlagen- zu angewandter Forschung und auf internationale Problemstellungen ausgerichtet. Der Brückenschlag zwischen Forschung und Anwendung in Politik und Landesprogrammen der Zusammenarbeit trug dazu bei, die Forschungsfragen praxisrelevant zu formulieren und Forschungsergebnisse für Politikentscheide nutzbar zu machen. Konkretes Beispiel für diesen Brückenschlag ist die Plattform *Research Matters*, welche in einer Kooperation zwischen dem staatlichen kanadischen Zentrum für Forschungsförderung *International Development Research Centre* (IDRC) und der DEZA unterhalten wird. *Research Matters* hat viel zu einer systemischen Denkweise in der Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) beigetragen.

Die Forschung orientierte sich im Bereich der Anwendung und Anpassung technischer Lösungsansätze an spezifische lokale Bedingungen und Systeme am Ziel, das Wohlbefinden der Bevölkerung zu verbessern und spezifische Lasten zu reduzieren, sowie überlebenswichtige Grundlagen (sog. *livelihood assets*) der Bevölkerung zu verbessern (z.B. insektizidbehandelte Mückennetze, solare Trinkwasseraufbereitung, Gesundheitssystem-Forschung, Zugang zu Dienstleistungen, Optionen zur Siedlungshygiene).

Die internationalen Netzwerke und multilateralen Programme beinhalten neben der thematischen Ausrichtung auch einen Wissenstransfer und eine Stärkung der Forschungskapazitäten in Entwicklungs- und Transitionsländern. Die Schweiz unterstützt ergänzend in verschiedenen Fällen in ihren Partnerländern komplementär Nachwuchsförderung und institutionelle Entwicklung. Zwei international führende Forschungszentren konnten so in ihrer Entwicklung wesentlich gefördert werden - das Internationale Zentrum für Forschung an Durchfallerkrankungen in Bangladesh (ICDDR,B) und das Ifakara Gesundheitsforschungs- und Entwicklungs- Zentrum (IHRDC) in Tansania.

32 Guidelines for Research in Partnership with Developing Countries, 11 Principles. Swiss Commission for Research Partnerships with Developing Countries KFPE, 2003, 3rd edition

33 „Putting people's livelihood concerns in the centre“: Der Livelihood-Ansatz zielt auf die Stärkung der Gesamtheit der Mittel, Aktivitäten, Rechte, materieller und immaterieller Werte, die zur Verbesserung der Überlebenssituation zur Verfügung stehen. Verschiedene bilaterale und multilaterale Geber betrachten diesen Ansatz als wegleitend

Die Schweiz hat **Gesundheitsforschung** im Bereich der prioritären Krankheiten Malaria, HIV/AIDS und Tuberkulose sowie von verschiedenen sogenannten *neglected diseases* (vernachlässigte Krankheiten: u.a. Schlafkrankheit, *Buruli Ulcer*³⁴ etc.) und die Entwicklung neuer Technologien gefördert. Dabei standen Fragen der praktischen Anwendung in Gesundheitssystemen im Vordergrund. Als besonders erfolgreiches Beispiel kann die *Kilombero Insecticide Treated Nets* (KINET) Initiative erwähnt werden, welche über die Einführung eines Sozialen Marketing-Ansatzes von insektizidbehandelten Mückennetzen zu einer erheblichen Reduktion (ca.30%) der Erkrankungs- und Sterblichkeitsraten bei Kleinkindern durch Malaria, insbesondere auch bei den ärmsten Teilen der Bevölkerung, beitrug. Diese Arbeiten trugen wesentlich dazu bei, dass der präventive Einsatz von insektizidbehandelten Mückennetzen heute weltweit als eine der wichtigsten Komponenten der integrierten Malariabekämpfung anerkannt ist. Sie bauen konsequent auf Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteuren auf (*Public Private Partnerships* PPP). Die überzeugte Arbeit in PPPs zeigt sich auch in der schweizerischen Mitfinanzierung der Malariamedikamentenentwicklung (MMV, *Medicines for Malaria Venture*). Wichtige multilaterale Akteure und Netzwerke der Gesundheitsforschung sind das Global Forum for Health Research, das UNICEF/UNDP/WHO/*Special Programme for Research and Training in Tropical Diseases* (TDR) und der *Council on Health Research for Development* (COHRED).

Auch im **Forschungsbereich Wasser** und Siedlungshygiene hat sich der Focus unter der Maxime der Millenniumsentwicklungsziele verbreitert: Es wurden zwar weitere Innovationen im technischen Bereich wie Wasserversorgung (Handpumpen, Solarpumpen, solare Wasserdeseinfektion) und Siedlungshygiene entwickelt. Die Innovationen sind aber breiter eingebettet in Forschung und Transfer von Wissen, um die Verankerung entsprechender Politiken, die nachhaltige und integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen für die verschiedenen Bedürfnisse (welche zum Teil in Konkurrenz zu einander stehen), den nachhaltigen Betrieb und die Finanzierung von Diensten, welche den Zugang der Armen sicherstellen können. Entscheidend zu den Fortschritten in dieser transdisziplinären Forschungsarbeit haben einige globale Forschungsnetzwerke wie das *Global Water Partnership* (GWP), das *Water and Sanitation Program* (WSP) und das *Rural Water Supply Network* (RWSN) beigetragen. Aktionsforschung befasste sich mit dem Transfer der Kenntnisse und dem nachhaltigen Betrieb der Systeme durch die Betroffenen. Im Blick ist dabei vermehrt das gesamte System von der Versorgung bis zu nachhaltigen Entsorgungssystemen.

Ein dreijähriges Forschungsprojekt mit Beteiligung der DEZA, des SECO und dem Rückversicherer SwissRe sowie die Einrichtung einer *Multistakeholder-Plattform* mit über 200 Partnern erlaubten die Ausarbeitung politischer Grundsätze und Richtlinien. Diese beruhen auf zehn Schlüsselfaktoren, die für die öffentlich-privaten Partnerschaften in Bezug auf die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Wasserversorgung und Siedlungshygiene festgelegt wurden. Die Wasserversorgung armer Familien stellt dabei ein Leistungskriterium dar. Die Forschungspartnerschaften werden von strategischen Partnern unterstützt, die nicht nur fachlich versiert sind auf diesem Gebiet, sondern auch in der Lage sind, die angewandten Praktiken auf nationaler und internationaler Ebene zu hinterfragen und zu beeinflussen. Dies trifft insbesondere auf das WSP-Programm der Weltbank zu. Es verfügt über Mitarbeitende auf allen Kontinenten, und es wird von einem Board geleitet, das sich aus verschiedenen Entwicklungsagenturen – darunter auch die DEZA – zusammensetzt. Das WSP hat kürzlich eine *Hand-Washing-Initiative* lanciert. Diese beruht auf einer öffentlich-privaten Partnerschaft und wird von der *London School of Hygiene* wissenschaftlich begleitet. Weitere Partner sind die Gesundheitsministerien, NGOs und grosse Seifenhersteller. Sie alle setzen sich dafür ein, dass die Menschen beim Händewaschen Seife verwenden. Dadurch verspricht man sich weltweit eine starke Reduktion jener Krankheiten, die auf mangelnde Hygiene zurückzuführen sind.

Ein wichtiger **Forschungsbereich** betraf die **sozialen Dienstleistungen**. Beiträge konnten z.B. zur Stärkung von Gesundheitssystemen und –dienstleistungen erbracht werden, indem die Integration von kurativen und präventiven Ansätzen entwickelt wurde. Bei den sozialen Dienstleistungen ist die Forschung zu den Determinanten und Interventionen, die einen gerechten Zugang zu und eine gerechte Nutzung der Dienstleistungen sicherstellen, vermehrt in den Blick gerückt. Die Forschung befasste sich zudem mit der Frage, wie die institutionelle Entwicklung, die Vernetzung, die Finanzierung und die Nachhaltigkeit sozialer Dienstleistungen in gegebenen sozio-politischen Systemen gestaltet werden kann. Die Schnittstelle zwischen Forschung, Politik und Gesundheitsversorgern steht im Zentrum der erwähnten *Research Matters-Initiative*.

34 Infektiöse Hautgeschwür-Krankheit

Erfolgreiche Gesundheitsforschung dank langjähriger Partnerschaft

Das Ifakara Gesundheitsforschungs- und Entwicklungs- Zentrum (*Ifakara Health Research & Development Centre, IHRDC*) in Tansania gilt heute als ein internationales Vorzeigemodell einer geglückten und nachhaltigen Nord-Süd Zusammenarbeit - nicht zuletzt auch dank der jahrzehntelangen Mitunterstützung durch die DEZA. Was 1949 vorab als biomedizinisches und medizinethnologisches Feldlabor des Schweizerischen Tropeninstituts begann, ist heute zu einem selbständigen tansanischen Kompetenzzentrum für Gesundheitsforschung und Entwicklung geworden: Internationaler Ruf und Anerkennung, breites Portfolio von biomedizinischen über sozio-kulturelle zu ökonomischen, Gesundheitssystem- und politischen Fragestellungen, die von Tansania selbst und vielen globalen Auftraggebern unterstützt werden.

Die Partnerschaft erfolgt ohne Nord-Süd-Gefälle und auf gleicher Ebene und erlaubt es, oft zusammen mit weiteren Partnern kompetitiver auftreten zu können.

Entwicklungsherausforderungen

Die Dynamik sozialer Entwicklung unter den Tendenzen der Globalisierung schafft neue soziale Brisanz und neue Marginalisierung. Verstärkte Mobilität der wirtschaftlich Leistungsfähigen hinterlässt neue Gebiete des Ausschlusses, wo Arme und Ältere zurückbleiben und nicht in der Lage sind, Sozialsysteme aufrecht zu erhalten. Globale Bedrohungen wie Aids oder andere Virus-Pandemien treffen auf geschwächte soziale Gruppen und inadäquat funktionierende Gesundheitssysteme. Krisen wie die Ausbreitung von HIV/Aids schwächen ihrerseits wiederum die sozialen Dienstleistungen, indem ausgebildete Berufsleute wegsterben, *know how* verloren geht und Teile aus dem System herausbrechen.

Armutsbekämpfung durch soziale Entwicklung und die Verbesserung der Gesundheitssituation sind Kernbereiche der Millenniums-Entwicklungsziele. Sollen diese Ziele erreicht werden, so muss die Innovation Validierung und Implementierung effizienter Massnahmen in der Gesundheitsverbesserung und deren transdisziplinäre Verankerung bis zum Jahr 2015 massiv verbreitert werden. Der Zugang zu den sozialen Dienstleistungen muss erheblich verbessert werden, sind es doch die Armen, und besonders die Armen auf dem Lande, die schlechten Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Trinkwasser, Sanitäreinrichtungen und Bildung haben.

Immer klarer wird, was die globale Klimaveränderung an Herausforderungen auch für den Bereich der Sozialen Entwicklung heranzuführt. Auswirkungen auf die *livelihood assets* wie *Wellbeing*, Wasser (Trinkwasser, Bewässerung, für Viehwirtschaft) und Boden sind noch kaum in ihren Dimensionen erkannt.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Bereich der sozialen Entwicklung dient Forschung im Wesentlichen dem Ziel, notwendiges Wissen für Verbesserung basis-sozialer Dienstleistungen bereitzustellen. Nebst der Fachberatung nimmt die Schweiz am internationalen Politikdialog zu Fragen der Sozialen Entwicklung teil. Durch den Einsitz in internationalen Steuermechanismen vertritt die Schweiz ihr entwicklungspolitisches Anliegen der Armutsreduktion in internationalen Forschungsprogrammen.

- Im Bereich der Gesundheitsforschung werden die oben genannten Themen (**Reproduktive Gesundheit, Übertragbare Krankheiten**) weiterhin bearbeitet. Nebst den bereits bestehenden Zusammenarbeiten ist eine Beteiligung am *European Developing Countries Clinical Trial Programme* (EDCTP) möglich.
- Im Bereich der **Gesundheitssysteme** sind die Fragen nach dem Zugang primär der Armen zur Basisgesundheitsversorgung im Zentrum. Wissen um soziale Determinanten und Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf den Zugang ist besonders wichtig, wenn die MDGs erreicht werden sollen. Besonders verletzlich sind Vertriebene und Rückkehrende. Im Blick ist dabei auch die Frage, wie weit die Staatsbürger ihre verbindlichen Rechte auf allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung durchsetzen können. Ein Thema, das die Wirkung der Gesundheitsdienstleistungen behindert, ist die Korruption. Gründe für Bestechlichkeit und Korruption sind zu untersuchen.
- Um zur Erreichung der MDGs effizient beizutragen, müssen **Gesundheitssysteme** vermehrt über das

Wissen zur Verbreiterung und Ausdehnung („scaling up“) von Gesundheitsprogrammen verfügen. Wichtig ist es, Modelle und gute Praktiken bereitzustellen, wie mit Krisen bezüglich personellen Ressourcen im Gesundheits- und Sozialsektor umgegangen werden kann und wie die Absorptionsfähigkeit der Systeme (bezüglich Personal, Infrastruktur und Gouvernanz) verbessert werden kann. Wichtig ist es, im Gesundheitsbereich die Harmonisierung der internationalen Zusammenarbeit auf Ebene der Zielländer zu erhöhen und den Transfer von Wissen und Ressourcen effizienter zu gestalten. Bezüglich der Armut- und vergessenen Krankheiten ist spezifische Forschung mit einem umfassenden Verständnis von Vulnerabilität zu betreiben. Armut muss sowohl als Ursache als auch als Folge dieser Krankheiten betrachtet werden. Integrierte Ansätze in der Bekämpfung dieser Krankheiten tragen ihrerseits wieder zur Stärkung der Gesundheitssysteme bei.

- Neue oder wieder aufkommende Erkrankungen (emerging and re-emerging diseases) sollten stärker ins Zentrum rücken, insbesondere da es sich dabei oft um zoonotische Erkrankungen handelt, die mit Versorgungs- und Anbaupraktiken und Lebensformen in Verbindung stehen (z.B. Vogelgrippe, SARS) und v.a. die arme Bevölkerung betroffen ist.
- Bereits heute machen **chronische, nicht-infektiöse Krankheiten** einen alarmierenden Anteil der Morbidität und Mortalität in Transitionsländern aus. Zunehmend stellt sich dieser Trend auch für Entwicklungsländer ein. Den Fragen der chronischen Erkrankungen und deren Folgen auf die Entwicklung der Partnerländer soll in der zukünftigen Forschung vermehrtes Gewicht gegeben werden.
- Im Bereich der **sozialen Sicherung** ist die Frage nach den Finanzierungsmechanismen (z.B. *Cash Transfer*) und die Frage nach alternativen Formen von Pflege und Betreuung in sozialen Sicherungssystemen von Forschungsinteresse.
- Im Bereich **Trinkwasser und Siedlungshygiene** geht es darum, das praxisrelevante Wissen bezüglich integriertes Wassermanagement sowie den Aufbau und Betrieb solcher Systeme zu verstärken (Nachhaltigkeit, Finanzierung, politische Rahmenbedingungen) und in den betroffenen Ländern die erforderlichen Kapazitäten zu entwickeln. Die DEZA unterstützt weltweit die *Global Water Partnerships* und das *Water and Sanitation Program*; einen besonderen Fokus legt sie jedoch auf den afrikanischen Kontinent. Sie fördert das *Rural Water Supply Network*, das sich in erster Linie für den Wissensaustausch in Bezug auf gute Praktiken einsetzt. Während die EPFL in Westafrika mit den Fachhochschulen EIER/ETSHER zusammenarbeitet (siehe Kasten), konzentriert sich die Abteilung Sandec der EAWAG im Rahmen ihrer Süd-Partnerschaften hauptsächlich auf Trinkwasserbehandlung und Siedlungshygiene (Abwasser, Abfälle).
- Im Bereich der **gesamten Wasserforschung** (Trinkwasser, Siedlungshygiene, Landwirtschaft, Ökosysteme) soll die Leistungsfähigkeit der Forschung erhöht werden: Im Rahmen des Konsortiums EUWI-ERA Net (*European Research Area Network of the European Union Water Initiative*) werden die gesamte europäische Forschung und die jeweiligen Partnerschaften mit dem Süden in ihren Interventionen im Sinne der Effizienz harmonisiert und in ihrer Zusammenarbeit gestärkt. Aufgrund der Beteiligung der DEZA an diesem Konsortium profitiert die Schweiz von europäischen Finanzbeiträgen, um im Rahmen ihrer Forschungsunterstützung Harmonisierungs- und Synergie-Potenziale mit anderen Akteuren in Nord und Süd bestimmen und nutzen zu können.
- Gegenwärtig ist die DEZA im Begriff, ihre Bildungsstrategie auszuarbeiten. Schwerpunkte zu **Bildung und Bildungssystemen** in Entwicklungs- und Transitionsländern werden sich daraus ergeben.

Über 20 Jahre Forschungs- und Bildungspartnerschaft im Bereich Wasserversorgung und Siedlungshygiene in Westafrika, ein Modell für eine dynamische und ausgeglichene Nord-Süd-Beziehung

Obwohl in Afrika südlich der Sahara bedeutende Fortschritte erzielt wurden, müssen die Anstrengungen in dieser Weltregion massiv verstärkt werden, sollen die Millenniumsziele im Bereich Wasserversorgung und Siedlungshygiene erreicht werden. Nebst den zusätzlichen finanziellen Ressourcen müssen vor allem mehr Fachkräfte eingesetzt werden, nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in den lokalen NGOs und im Privatsektor. Nur so lassen sich in den Gemeinden, die nun die Verantwortung für die Wasserversorgung tragen, flächendeckend die erforderlichen Kompetenzen aufbauen.

Die DEZA fördert auf diesem Gebiet Forschungs- und Bildungspartnerschaften. Seit 1980 unterstützt sie eine Zusammenarbeit zwischen der EPFL und den zwei Fachhochschulen EIER/ETSHER* im Bereich Umweltingenieurwissenschaften: Siedlungshygiene, Wassermanagement und landwirtschaftliche Hydraulik. Diese wissenschaftliche Zusammenarbeit orientiert sich an Aktivitäten im Süden und bildet einen Bestandteil der Nachdiplomstudien und der Forschungsaktivitäten. Über 400 Diplomierte wurden im Rahmen dieser Partnerschaften ausgebildet, über 400 afrikanische Fachkräfte und Entscheidungsträger des Wassersektors haben Weiterbildungskurse besucht, über 10 Doktorarbeiten zu konkreten Themen der Region wurden verfasst.

Diese Partnerschaft wird durch eine Beratungstätigkeit, die von der EPFL, der EAWAG und der DEZA sichergestellt wird, ergänzt. Im Vordergrund stehen die Forschung und Entwicklungsstrategie des *Centre Régional pour l'Eau Potable et l'Assainissement à faible coût* (Crepa) mit Sitz in Ouagadougou. Ihm sind Zentren in rund 15 Ländern Westafrikas angeschlossen. Während sich die Fachhochschule EIER wissenschaftlichen Aufgaben sowie der universitären und fachlichen Ausbildung widmet, kümmert sich das Crepa um praktische Fragen und arbeitet eng mit der Bevölkerung vor Ort zusammen. Es wurden zwischen diesen zwei Institutionen Synergien geschaffen. Die Ausbildung an den Fachhochschulen EIER/ETSHER, die Relevanz der durchgeführten Vorhaben und die Beratungstätigkeit des Crepa geniessen in ganz Westafrika grosses Ansehen. Die Nachfrage nach diesen Angeboten ist gross. Zweifelsohne tragen diese Institutionen zur Entwicklung der Region bei.

Dank diesen Partnerschaften konnten ausgeglichene und respektvolle Nord-Süd- und Süd-Nordbeziehungen geschaffen werden. Es findet ein Austausch zwischen Studenten und Forschern dieser Institutionen statt, die ausgestellten Zertifikate werden von beiden Seiten anerkannt. Die Kosten für den Betrieb, die Ausbildung und die Forschung werden von EIER/ETSHER getragen. Das Crepa deckt einen Grossteil seiner Betriebskosten durch Einnahmen aus seiner Beratungstätigkeit. Die EPFL und die EAWAG übernehmen die Löhne der Lehrpersonen, die ihm Rahmen dieser Partnerschaften tätig sind.

Es handelt sich ebenfalls um eine dynamische Partnerschaft. Voraussichtlich werden EIER/ETSHER 2007 ihre Studentenzahlen beträchtlich erhöhen und zum Bologna-System übertreten. Gleichzeitig ist ein Anschluss an das Netz anderer wichtiger afrikanischer Universitäten geplant. Diese enge Zusammenarbeit soll dem ganzen Kontinent zugute kommen.

Bei dieser Partnerschaft geht es um weit mehr als nur um einen reinen Wissenschaftsaustausch, denn auch die menschliche Dimension kommt zum Tragen. Es entstehen enge Bindungen zwischen Fachleuten aus Afrika und der Schweiz und zwischen den führenden Persönlichkeiten dieser Institutionen, die sehr förderlich sind für diese Partnerschaften.

* EIER: *Ecole Inter-Etats d'Ingénieurs de l'Équipement Rural*;

ETSHER: *Ecole Inter-Etats des Techniciens Supérieurs de l'Hydraulique et de l'Équipement Rural*

4.2. Wirtschaft und Beschäftigung

Rückblick

Unter anderem wurde an folgenden Thematiken gearbeitet und das Orientierungswissen und Beratungsangebot für die operationelle Umsetzung erweitert:

Ein wichtiges Thema war die Relevanz der Märkte und Marktsysteme für die armen Menschen. Arbeiten wurden geleistet mit dem Ziel, die Chancen der Armen am Marktgeschehen teilnehmen zu können zu verbessern, sei es als Arbeitsnehmerin und -nehmer, als Produzentin und Produzent oder Konsumentin und Konsument. Der zunehmend international angewendete Ansatz *Making markets work for the poor* wurde in der DEZA propagiert und bekannter gemacht, sowie auf seine DEZA-Andwendung hin überprüft.

Der ländliche Raum und die Landwirtschaft haben für die Armen einen wichtigen Stellenwert. 70% der Armen leben ländlich, sind wirtschaftlich je nach Region zu 40-80% direkt und zunehmend indirekt über vor- und nachgelagerte Bereiche von der landwirtschaftliche Produktion abhängig. Im Speziellen wurde an Themenfeldern „Zugang zu finanziellen und nichtfinanziellen Dienstleistungen in strukturschwachen Regionen“, „Förderung von integrierten Wertschöpfungsketten-Ansätzen“ und umfassenderen *local economic development*-Konzepten gearbeitet (bspw. wurde eine Studie zu Bio-Baumwolle in Indien unterstützt).

Von grosser Bedeutung ist das Wissen um die Verknüpfung von Grundschulausbildung und beruflicher Bildung und die Mittlerfunktion der beruflichen Bildung zum Arbeitsmarkt. Dies sind wichtige Faktoren, um die kostengünstige Breitenwirkung einer minimalen beruflichen Qualifizierung der Armen für den Arbeitsmarkt oder einkommensbildender Aktivitäten in selbstständiger Tätigkeit zu fördern.

In enger Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft wurde vorwiegend die Integration des Mikrofinanzwesens in nationale Finanzsysteme gefördert und die komplementären Rollen öffentlicher und privater Akteure promoviert, um den Zugang armer Haushalte und von Kleinbetrieben zu Finanzdienstleistungen zu verbessern. Das UN-Jahr des Mikrokredits (2005) wurde als Anstoss zur Promotion und Vernetzung aktiv genutzt. Direkt oder indirekt wurden folgende Themen analytisch und konzeptionell vertieft: Rolle von Garantien in der Re-Finanzierung von dezentralen Finanzinstitutionen; Evaluation und Projekt-Zyklus Management in der Finanzsektorentwicklung; die Messung der entwicklungspolitischen *Performance* in der Finanzsektorentwicklung (*social performance measurement and -management*).

Zur Bedeutung des Privatsektors als Motor des Wirtschaftswachstums und dessen Verantwortung für Umwelt- und soziale Anliegen in Komplementarität zur Rolle des Staates wurden erste Erfahrungsaufarbeitungen zu innovativen Partnerschaften erstellt, auch mit der Privatwirtschaft im Norden, um gezielter neue Formen von *public-private partnerships* fördern zu können.

Der Bereich ‚Wirtschaft und Beschäftigung‘ gehört zu den Kernaufgaben der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, für welche das SECO zuständig ist. Das SECO hat hierzu verschiedene Forschungsaufträge vergeben, insbesondere in den Bereichen Finanzsektor- und Privatsektorentwicklung.

Entwicklungsherausforderungen

Für die Minderung von Armut ist wirtschaftliches Wachstum eine Voraussetzung, welches auch beschäftigungsrelevant ist. Zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) ist die globale Verbesserung des Zugangs zu produktiver und angemessen entlohnter Beschäftigung für arme Menschen eine Hauptherausforderung. Zentral ist dabei die Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen, die insbesondere auch armen Menschen zu gute kommen. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten 10 Jahren weltweit um 26% zugenommen. Davon sind überproportional Jugendliche und junge Menschen betroffen.

Für ein nachhaltiges Wachstum spielen funktionierende Märkte eine zentrale Rolle, sei es in der Landwirtschaft, Industrie oder für Dienstleistungen, auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Dabei ist der

Privatsektor der Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum und für die Integration von Entwicklungs- und Transitionsländer in die Weltwirtschaft.

Ein besonderes Augenmerk wird auf den Einbezug des ländlichen Raumes gelegt, wo sich 75% der Einkommensarmut konzentrieren, und aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte, sowie der fehlenden oder schlechten Infrastruktur der Zugang zu Märkten und Dienstleistungen erschwert ist. Daher wird eine zentrale Herausforderung für die Zukunft sein, kompetitive Marktsysteme auch für arme und marginalisierte Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen.

Prioritäre Forschungsachsen

Die Sektion Arbeit und Einkommen, als Schlüsseleinheit bezüglich wirtschaftlicher Kompetenz in der DEZA, bearbeitet die folgenden Kernthemen mit Anspruch auf einem systemischen Ansatz für die wirtschaftliche Entwicklung: (i) Berufliche Bildung, (ii) Finanzsektorentwicklung und (iii) Privatsektorentwicklung/Unternehmensförderung. Situationsgerecht angewendet, haben diese eine direkte Hebelwirkung auf die lokale Wirtschaftsentwicklung, ggf. auch auf die nationale und internationale. Im Themenbereich ‚Wirtschaft und Beschäftigung‘ betreibt die DEZA nicht Forschung im engeren Sinn, sondern ist zusammen mit Unterstützungsmandaten und in Kooperation mit Backstoppnern aus der Privatwirtschaft und EZA-Institutionen aktiv in der Generierung von Orientierungswissen durch Aufträge und Beiträge (angewandte Forschung zu neuen Trends aber auch auf Basis von Erfahrungskapitalisierungen). Das so generierte Wissen wird für Programmgestaltung und Politikdialog eingesetzt.

Berufliche Bildung

Die berufliche Qualifizierung trägt dazu bei, dass ärmere Teile der Bevölkerung ihre Chancen verbessern, Zugang zu einkommensrelevanten Beschäftigungsmöglichkeiten zu erlangen und/oder ihre Arbeit und ihr Einkommen zu erhalten und zu sichern (*employability*). Forschung ist besonders in den folgenden Bereichen relevant:

- dynamische Anpassung des Bildungsangebots an die Nachfrage der Arbeitsmärkte und an die Potenziale der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung;
- Schnittstellen zwischen Grundbildung und beruflicher Qualifizierung;
- geeignete Instrumente für die berufliche Qualifizierung im ländlichen Raum und die Verknüpfung zwischen ländlichen und städtischen wirtschaftlichen Potenzialen;
- Einbezug von Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft: Rollen und Zusammenarbeitsmodelle;
- Aspekte von Kosten und Finanzierung der beruflichen Qualifizierung.

Wichtige Partner in der Generierung von Orientierungswissen ist eine internationale Arbeitsgruppe von Geberagenturen (mit IUED), das lateinamerikanische Referenzzentrum CINTERFOR sowie das *International Centre for Development Oriented Research in Agriculture* (ICRA).

Finanzsektorentwicklung

Der Zugang zu Finanzdienstleistungen (Sparen, Kredit, Zahlungsverkehr, Versicherungen) in Entwicklungs- und Transitionsländern bleibt nach wie vor eine grosse Herausforderung, gerade auch in ländlichen Räumen.

Neue Forschungsvorhaben im Finanzbereich müssen der Schnittstelle zwischen Forschung und Entwicklung und Anwendung von Anfang an Rechnung tragen, um die adäquate Nutzung von Wissen und Instrumenten zu fördern. Innovation und Anwendung im Finanzwesen werden allerdings oft behindert durch die Politik- und Machtverhältnisse in den Partnerländern der IZA.

Von den bereits im Forschungskonzept 2004-2007 identifizierten Themen bleiben die meisten relevant, aus heutiger Sicht kommen einige neue Fragestellungen dazu:

- Politische Ökonomie der Finanzsektorentwicklung und von Finanzsektorreformen
- Landwirtschaftliche Produktions- und Investitionskredite

- Fragen des Risikomanagements (auf der Ebene von Finanzinstitutionen *und* bezogen auf den Landwirtschaftssektor)
- Produktentwicklung, insbesondere für die Landwirtschaft
- Begünstigende und hindernde Faktoren der Entwicklung des Sparwesens als essentielle komplementäre Funktion der Finanzintermediation
- Voraussetzungen und Möglichkeiten der Finanzsektorentwicklung in Ländern von Sub-Sahara Afrika und in islamischen Ländern
- Staatliche und private Akteure in der Finanzsektorentwicklung – Modelle in Asien, der arabischen Welt, Afrika und Lateinamerika.
- Internationale Finanzarchitektur und die Entwicklung der Finanzsektoren in Entwicklungsländern.

Intercooperation ist u.a. einer der wichtigen Partner in der Aufarbeitung und Bereitstellung von Wissen und Erkenntnissen.

Privatsektorentwicklung

Vor dem Hintergrund der Armutsdiskussion und der Frage, wie Arbeit und Einkommen – gerade auch im ländlichen Raum – erhalten und geschaffen werden können, spielen Unternehmensförderungs-Strategien für ärmere Bevölkerungsgruppen eine zentrale Rolle. Dabei sind die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und die Rahmenbedingungen wichtige Faktoren.

- Praxisorientiert werden verschiedene relevante Ansätze und Instrumente zur Wirtschafts- und Unternehmensförderung (wie *cluster approach*, *value chain approach*, *local economic development*) auf Möglichkeiten und Grenzen für die Unternehmensförderung analysiert, und im internationalen Entwicklungskontext weiterentwickelt und umgesetzt. Wichtige Partner sind das *Donor Committee for Enterprise Development (DCED)*, UNIDO und AGRIDEA.
- Neue Formen und Modalitäten im Bereich **Public-Private Partnership** bieten Möglichkeiten zur Erreichung von Entwicklungszielen zu Gunsten ärmerer Bevölkerungsgruppen. Es muss untersucht werden, inwiefern die Ziele des gewinnorientierten Privatsektors mit den Visionen der Entwicklungsorganisationen in Einklang gebracht und in der Armutsbekämpfung gemeinsame Wege beschritten werden können. Auf der Basis von konkretem Erfahrungswissen wird die Zusammenarbeit mit möglichen Partner abgeklärt.
- Über die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor werden auch vertieft **soziale Fragen und Aspekte** der Arbeits- und Einkommenförderung angegangen. Dabei geht es um die Verpflichtung von Privatunternehmen, die Menschenrechte sowie gesellschaftliche, ethische, ökologische und arbeitsrechtliche Grundsätze einzuhalten. Die ILO ist ein wichtiger Partner in der Bearbeitung der Themen *decent work agenda* und *Corporate Social Responsibility*.
- Zur erfolgreichen Förderung von Unternehmen braucht es ein **wirtschaftsförderndes Umfeld** (*enabling business environment*). Die Rolle des Staates ist dabei zentral, aber ebenso auch das Zusammenspiel mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, wobei die Interdependenzen vertieft untersucht werden müssen. Auch hier ist das DCED ein zentraler Partner.

4.3. Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umwelt

Rückblick

Die Forschung im Bereich natürliche Ressourcen in den letzten Jahren war geprägt von den methodischen Quantensprüngen im Bereich der Biotechnologie und des Monitoring der Ressourcendynamik. Das Potential neuer molekularbiologischer Techniken sowie geo-referenzierter Datenanalysen zur Steigerung der Ernährungsqualität von Pflanzen- und Tierprodukten, sowie zur Verbesserung der Resistenz gegen Krankheiten ist gross. In diesem dynamischen Umfeld unterstützte die DEZA Forschung mit möglichst direktem Bezug zur Lebensrealität der ärmeren Bevölkerungsschichten in Entwicklungs- und Transitionsländern. Erfolgreiche Beispiele sind die Entwicklung von Maissorten, welche Trockenheit besser ertragen, für das südliche Afrika, Futterpflanzen, die im Boden gebundenen Phosphor besser aufschliessen, verbesserte Bodenmanagement-Praktiken im Weizen/Reissystem im Gangesdelta, welches gegen 2 Milliarden Personen ernährt, sowie transdisziplinäre Forschung zum Verständnis von Konflikten um Wasserressourcen in zentralasiatischen Gebirgsgebieten. Auf der Politikebene trug DEZA-unterstützte Forschung dazu bei, Grundlagen für verbesserte Wassernutzung sowie sozial gerechte nationale Strategien zur Förderung der Tierproduktion zu schaffen. Mit grossem Engagement setzte sich die DEZA für die Gründung des *Global Crop Diversity Trust* ein, der global die Erhaltung genetischer Ressourcen landwirtschaftlich nutzbarer Pflanzen sichern soll. Die Resultate langjähriger Forschungsarbeiten dienten dazu als Grundlage.

Das übergeordnete Prinzip der Forschungspartnerschaft bewährt sich in allen Bereichen. Die Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung CGIAR (*Consultative Group on International Agricultural Research*) war auch in den vergangenen Jahren volumenmässig die wichtigste Partnerin und deckt einen weiten Bereich von den Pflanzen- und Tierwissenschaften über die Förderung ländlicher Wertschöpfungsketten über die Policyforschung bis hin zu Waldgouvernanz und zur Kompetenzentwicklung nationaler Forschungspartner ab. Das Zentrum für Internationale Landwirtschaft (ZIL) der ETH Zürich artikuliert sich mit dem CGIAR im Bereich Tierproduktionssysteme. Das NCCR Nord-Süd ist mit Partnern aus Entwicklungsländern stark im Bereich natürliche Ressourcen und der durch Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum ausgelösten Dynamik engagiert. Spezialisierte Institutionen wie das CABI, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), ICIPE, und das International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD), sowie eine Vielzahl regionaler und nationaler Institutionen, entwickelten Techniken für die nachhaltige Landwirtschaft, insbesondere im integrierten Pflanzenschutz und für die angewandte nachhaltige Ressourcennutzung in marginalen Zonen. Über Partnerschaften von schweizerischen oder internationalen Institutionen mit lokalen Partnern unterstützt die DEZA eine breite Palette von Programmen mit dokumentierter Wirkung auf Zielgruppen in der Form von Einkommenssteigerungen, verbessertem Zugang zu Nahrungsmitteln und verbessertem Wissen und verbesserter Kontrolle über genetische Ressourcen. Beispiele sind der exemplarische Aufbau von Biotechnologiekapazität in Indien durch die Verbindung der Kompetenzen schweizerischer und indischer Partner über das Programm *Indo-Swiss Collaboration in Biotechnology* (ISBC), die Erarbeitung der ersten Karte der Zentren genetischer Vielfalt der Quinoa durch die bolivianische Stiftung PROINPA, oder die Erarbeitung und Umsetzung verbesserten Wassernutzungspläne durch die kenianische Institution CETRAD, unterstützt durch das *Center for Development and Environment* (CDE) der Universität Bern.

Entwicklungsherausforderungen

Kleinbäuerliche Produktionseinheiten bleiben die Hauptzielgruppe der Forschung im Bereich Landwirtschaft und Umwelt. Rund 800 Mio. Menschen, die unter der Armutsschwelle leben, gehören zu dieser Zielgruppe. Zunehmend werden diese Einheiten von Frauen geführt. Trotz oder zum Teil dank Globalisierung und zunehmender Verstärkung ist die nachhaltige Intensivierung ihrer Produktionssysteme eine der besten Optionen, um diesen ländlichen Armen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Heute bedeutet dies Ernährungssicherheit durch Eigenproduktion und Einkommensbildung durch Marktintegration und temporäre Migration, ohne die soziale und kulturelle Identität zu verlieren. Dies muss unter einem verschärften Druck auf die Ressourcenbasis erreicht werden, entstehend durch die steigenden Bevölkerungszahlen, den steigenden Fleischkonsum durch reichere Bevölkerungsgruppen weltweit und die Tendenz, hochwertige landwirtschaftliche Güter für die Treibstoffproduktion (*biofuel*) zu verwenden. Es ist durchaus realistisch davon auszugehen, dass weltweit Grundnahrungsmittel knapp werden. Ernährungssicherheit kann nur dann hergestellt werden, wenn das Recht auf Nah-

rung anerkannt und durchgesetzt wird. Der globale Klimawandel, der eine rasche Anpassung von komplexen Agrarsystemen an völlig neue Bedingungen verlangt, potenziert die an sich schon monumentale Herausforderung.

Ein immer höherer Anteil von Land, Wasser und pflanzen- und tiergenetischen Ressourcen wird vom Menschen bewusst zur direkten Erfüllung seiner Bedürfnisse eingesetzt. Zu einem immer grösseren Teil wird ökologische Nachhaltigkeit eine vom Menschen aufgrund der Vorlage der Natur definierte Nachhaltigkeit sein. Bereits heute sind zum Beispiel über 50% der für den Wasserzyklus entscheidenden Feuchtgebiete bewirtschaftet.

Diese Herausforderungen können nur mit verstärkter Forschungstätigkeit gemeistert werden. Im Bereich Landwirtschaft und Umwelt ist hier die nachhaltige Intensivierung von Land- und Forstwirtschaft unter Erhaltung von unabdingbaren Ökosystemfunktionen das Leitbild. Der Funktion der Landwirtschaft im lokalen und globalen Wasserhaushalt aber auch in Bezug auf Klimawandel muss vermehrt Aufmerksamkeit gegeben werden.

Entwicklungsländer haben die Chance, Fehlentwicklungen in der Intensivierung von landwirtschaftlichen Systemen und der Zerstörung von Ökosystemen, insbesondere von Naturwäldern zur Landgewinnung zu vermeiden. Dies ist zu ihrem eigenen, aber auch zum globalen Nutzen und verlangt neben solider Forschungsgrundlagen rechtzeitige politische Entscheide und effiziente institutionelle Strukturen zu deren Umsetzung.

Weil in den industrialisierten Ländern die systemorientierten landwirtschaftlichen Forschungskapazitäten zurückgehen und in tropischen Regionen völlig andere Bedingungen herrschen, müssen in einem Zeitraum von 10-20 Jahren dringend die Forschungskapazitäten im Süden und insbesondere in Afrika verstärkt werden. International koordinierten Anstrengungen im Rahmen des CGIAR, aber auch der europäischen Forschungskoordination kommt dabei hervorragende Bedeutung zu. Die Schweiz hat durch die DEZA in diesen Gremien immer wieder Führungsfunktionen übernommen und dadurch ein wichtiges Vertrauenskapital aufgebaut. Sie wird dieses Engagement erhalten und ausbauen.

Naturgemäss ist Forschung zu landwirtschaftlichen und damit verbundenen Themen kostenintensiver als Forschung, welche in geringerem Ausmass auf Infrastruktur und Feldversuche angewiesen ist. Die internationale Agrarforschung steht auch in Verbindung zu weiteren Thematischen Prioritäten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere der Wirtschaftsförderung. Die Verbindung zu schweizerischer Kompetenz in Bereichen, wo die Schweiz eine weltweite Führungsrolle einnimmt, wie dem organischen Landbau, der Biotechnologie, dem Umweltmonitoring sowie der nachhaltigen Entwicklung von Zonen mit fragiler ökologischer Grundlage wird gezielt und mit spezifischen Mitteln gefördert.

Prioritäre Forschungsachsen

In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob die Forschergemeinschaft in der Lage ist, die neu entwickelten Methoden zum Wohle der Weltgemeinschaft einzusetzen. Dazu ist eine intensivierete Forschung im Bereich der nachhaltigen Nutzung und Erhaltung natürlicher Ressourcen unabdingbar. Die DEZA finanziert Agrarforschung in erster Linie in Form von Beiträgen an international koordinierte Forschungsprogramme mit transdisziplinärer Ausrichtung. Durch diesen Verbund mit kompetenten Partnern lässt sich kritische Masse erreichen. Die DEZA nimmt eine proaktive Rolle in den entsprechenden Gouvernanz-Mechanismen wahr und bringt die Anliegen der schweizerischen Entwicklungspolitik ein. Die Erfahrungen fliessen wiederum in die Programmgestaltung der DEZA ein. Thematisch werden vier grosse Forschungslinien verfolgt:

Nachhaltige Intensivierung landwirtschaftlicher Produktions- und Vermarktungssysteme

Wegen der direkten Relevanz für Ernährungssicherheit und Armut muss volumenmässig die nachhaltige Intensivierung von Landwirtschafts- und Forstsystemen im Vordergrund stehen. Das Partnerschaftssystem des CGIAR bleibt das primäre Instrument der Umsetzung. Die DEZA wird ihre Unterstützung an den neu definierten CGIAR-Systemprioritäten orientieren, d.h. verstärkte Anstrengungen im Bereich der bisher wenig erforschten, aber wichtigen Kulturpflanzen (Bsp. Maniok, Hirsen, Hülsenfrüchte etc.) und in armutsrelevanten Cash-crop Systemen. Lokales und traditionelles Wissen sind dabei bisher unternutzte Wissensquellen. Diese Quelle, sowie die Integration von trans- und interdisziplinären, partizipativen Ansätzen, werden noch stärker gefördert. Als Standortland einer CABI Station wird die Schweiz die komparativen Vorteile dieses Systems in Bereichen wie

der Taxonomie und dem integrierten Pflanzenschutz für die Entwicklungszusammenarbeit nutzen und fördern. Agrarforschung wird auch über lokale und regionale Initiativen unterstützt. Diese Vielfalt ist nützlich und notwendig, wegen der Variabilität der Herausforderungen durch Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Naturkatastrophen, und Tier- und Pflanzenkrankheiten sowie der Opportunitäten die durch neue Vermarktungsmöglichkeiten und die Kompensation von ökologischen Leistungen entstehen.

Begleitung von Initiativen zur Definition von Politiken

Die forschungsmässige Begleitung von Initiativen zur Definition von lokalen und globalen Politiken, die der nachhaltigen Nutzung und Erhaltung von natürlichen Ressourcen förderlich sind, wird verstärkt. Thematisch betrifft dies insbesondere Massnahmen, die kleinbäuerlichen Strukturen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, zum Beispiel durch den Zugang zu Land – und Wasserressourcen unter Berücksichtigung der Interessen anderer Sektoren, die Entwicklung von Risikoausgleichssystemen wie Katastrophenversicherungen, aber auch die Erarbeitung von Richtlinien für das Nutzen von genetischen Ressourcen und Produkten der nachhaltigen Landwirtschaft und das Erforschen von Optionen für die Transformation von Konflikten über natürliche Ressourcen. Transdisziplinäre Ansätze sind notwendig, um die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis zu erleichtern und zu beschleunigen. Das spezialisierte Institut IFPRI innerhalb des CGIAR ist international der wichtigste Partner in diesem Bereich.

Zur Erhaltung und zur Nutzungsförderung der landwirtschaftlich genutzten Artenvielfalt hat die Schweiz wesentlich zur Einrichtung des *Global Crop Diversity Trust* beigetragen. Durch den Trust wird auch Forschung zum Thema in- situ – und ex-situ Erhaltung und Nutzung von genetischen Ressourcen finanziert. Die DEZA wird die Implementierung des Trust aktiv begleiten.

Die Stärkung der ökologischen Funktionen der Land- und Forstwirtschaft

Nutzende der Ressource ‚Wald‘ sind gleichzeitig Hütende und Zerstörende von ökologischen Systemen und genetischen Ressourcen. Die DEZA unterstützt Forschungsanstrengungen insbesondere um die essentielle Funktion der Land- und Forstwirtschaft in der ökologischen Wasserproduktion und der Verlangsamung der genetischen Erosion zu stärken. Dazu ist die Erhaltung von natürlichen und *man-made* Habitaten notwendig. Dazu gehört die Erarbeitung von Konzepten für ökologische Ausgleichsflächen in genutzten Räumen und die Erhaltung von Vielfalt in bewirtschafteten Flächen. Die Nutzung biologischer Vielfalt generiert grossen wirtschaftlichen Nutzen – so setzt beispielsweise die chinesische Medizin mehr als 5'100 Heilmittel auf Pflanzenbasis ein.

Internationale Finanzierungssysteme zur Verlangsamung des Klimawandels (Handel mit Kohlenstoffzertifikaten, etc.) stellen eine neue Option zur Finanzierung von ländlicher Entwicklung und Waldbau in Entwicklungsländern dar. Deren sinnvolle Nutzung braucht Forschungsgrundlagen, zu deren Schaffung die DEZA beiträgt. International sind die *World Conservation Union* (IUCN) sowie CIFOR und ICRAF (Teil des CGIAR) dafür die wichtigsten Partner.

Vorhersage von Umweltrisiken und Anpassung zur Minderung der dadurch entstehenden Schäden und Nutzung von neuen Möglichkeiten

Die Anpassung an Umweltrisiken ist eng verbunden mit den anderen Forschungsbereichen. In den Bereichen Intensivierung von Anbausystemen und Policyforschung sowie Stärkung der ökologischen Funktionen müssen die Umweltrisiken zunehmend stärker in Betracht gezogen werden. Die dazu notwendigen Methoden kann der Süden vermutlich zu einem grossen Teil aus Forschungsinvestitionen des Nordens übernehmen. Zusätzlich notwendig sind spezifische Forschungsarbeiten für die Anpassung von neuen diagnostischen Methoden zur Vorhersage von Risiken an die Bedürfnisse von Entwicklungsländern. In diesem sehr dynamischen Bereich wird die DEZA mit angemessenem Aufwand sicherstellen, dass der Brückenschlag immer wieder erfolgt.

4.4. Globale Partnerschaft, Entwicklung, Handel

Rückblick

In den letzten Jahren hat sich die Debatte um die Gestaltung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verstärkt und in der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* des Entwicklungskomitees DAC der OECD niedergeschlagen. Die entwicklungsbezogene Forschung hat diesen Fragen des wirkungsvollen Aufbaus der Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit (*aid architecture*) und der Modalitäten ein verstärktes Gewicht gegeben. Entwicklungsbezogene Forschungs- und Trainingsinstitutionen wie das britische *Overseas Development Institute* (ODI) oder andere in der *European Association of Development Research and Training Institutes* (EADI) haben hier Forschung betrieben. Die Implementierung von genereller Budgethilfe beispielsweise ist in verschiedenen Ländern durch Forschung begleitet worden.

Weitere dominierende Themen in der internationalen entwicklungsbezogenen Forschung war die Erforschung der Möglichkeiten der Hilfe unter den Bedingungen fragiler Staaten und der Verknüpfung der Politikbereiche Entwicklung und Sicherheit.

In den Geberländern hat sich der Legitimationsdruck auf die Entwicklungszusammenarbeit erhöht. Die Debatte um die Wirksamkeit der Hilfe hat einen höheren Bedarf an Wirksamkeitsanalysen geschaffen.

Weltweit hat sich der Wettbewerb auch im Bildungsbereich verstärkt. Dem Wettbewerb sind die Institutionen im Süden kaum gewachsen, was zu einer weiteren Schwächung der Bildung und der Forschung für Entwicklung führt. Dieser wenig ermutigenden Tendenz steht jedoch die sich verbreitende Einsicht gegenüber, dass höhere Bildung und Forschung für Entwicklung unerlässlich sind.

In der Schweiz hat die entwicklungsbezogene Forschung in unterschiedlichem Mass Einzug gehalten in die Wissenslandschaft. Im gesamtgesellschaftlichen Kontext geht der Trend jedoch eher in Richtung Konzentration auf in ökonomischem Sinn profitträchtige Forschungsbereiche und Kooperationen.

Das Thema Handel gehört zu den Kernaufgaben der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, für welche das SECO zuständig ist. Das SECO hat hierzu verschiedene Forschungsaufträge vergeben.

Entwicklungsherausforderungen

Die Umsetzung der optimierten Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit, der neuen quantitativen Verpflichtungen und der neuen Modalitäten der internationalen Hilfe steht noch in den Anfängen. Entsprechende begleitende Analysen zu neuen Kooperationsformen und Arbeitsteilungen im multilateralen System, zum Umfang und den Formen der Entwicklungsfinanzierung und zu den Auswirkungen der Verlagerung von projektgebundener Hilfe zu genereller Budgethilfe sind notwendig.

Gerade nach dem Scheitern der Doha-Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation WTO sind die Fragen nach einer entwicklungsfreundlichen Gestaltung der Globalisierung im Welthandelssystem weiterhin offen. Entschuldungsfragen und Fragen der globalen Gouvernanz der Energieressourcen bleiben bestehen.

Die Schwächung der entwicklungsbezogenen Forschung im Süden und die gleichzeitige Konzentration der Forschung im Norden auf im ökonomischen Sinn profitträchtige Bereiche stellen für den Aufbau globaler Partnerschaft enorme Herausforderungen dar. Der Bedarf an Wissen für Entwicklung und demzufolge an Aufbau von Forschungskompetenz und –kapazitäten bleibt trotz gegenläufiger Trends bestehen.

Auch für die Schweiz bleibt die Förderung entwicklungsrelevanter Forschung eine Herausforderung. Wichtig bleibt dabei der Blick auf die Ursachen ungleicher Entwicklung. Für die schweizerische Aussenpolitik bleibt die Erforschung der Kohärenz der verschiedenen Politikfelder eine Herausforderung.

Prioritäre Forschungsachsen

In diesem Bereich der globalen Partnerschaft und des Zusammenspiels der Akteure auf multilateraler Ebene vernetzt sich die Schweiz mit internationalen Netzwerken wie EADI, dem *European Centre for Development Policy Management* (ECDPM), dem *OECD/Development Centre* und anderen. Das so generierte Wissen unterstützt die Gestaltung der schweizerischen Entwicklungspolitik beziehungsweise den Politikdialog zwischen verschiedenen Sektoren.

- Eine Forschungsachse betrifft die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit, ihren Beitrag und die Form ihrer Kooperationen. Entwicklungsfinanzierung, aid architecture und Modalitäten der Hilfe sollen schwer gewichtig im Kontext der europäischen Entwicklungspolitik analysiert werden. Zu überprüfen sind die Konsequenzen des Harmonisierungsprozesses, vorangetrieben durch die Paris Declaration, die von 90 Ländern – darunter die Schweiz – verabschiedet wurde.
- Angesichts der Bedeutung des Handels für die Entwicklung ist der Aufbau von Kapazitäten auf der Seite der Südländer für die Gestaltung des internationalen Rahmens von grosser Bedeutung.
- Die schweizerische Ausrichtung der Entwicklungspolitik ist kontinuierlich weiter zu analysieren auf dem Hintergrund der internationalen Trends und Debatten.
- Zunehmend wichtiger werden globale Politiknetzwerke und staatlich-privat organisierte Entwicklungspartnerschaften für die Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit. Gerade im Fall der letzteren stellen sich Fragen zu den gemeinsamen Interessen der beiden Partner sowie zur Gewährleistung und zum Monitoring der Armutsrelevanz als entwicklungspolitischem Ziel solcher Partnerschaften.
- Weitere Thematik ist die Identifikation neuer oder aufkommender Geber und die Prüfung ihrer Rolle und ihres potentiellen Einflusses auf die entwicklungspolitische Szene - wie China, Indien oder neu gegründete Entwicklungsagenturen in Ländern wie Brasilien, Südkorea, Thailand usw.

4.5. Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie

Rückblick

Ein Schwerpunkt der Gouvernanzforschung³⁵ der letzten Jahre war die Förderung der (BürgerInnen-)beteiligung und einer sich auf die Menschenrechtskonventionen abstützenden Perspektive in der Internationalen Zusammenarbeit (*Rights Based Approach*). Wichtige Forschungsexponentin ist hierbei das *Institute for Development Studies* (IDS) der *University of Sussex*, Brighton. Die Hauptachsen sind hierbei: Bürgerbeteiligung, Partizipation und Rechenschaftspflicht des Staates gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. IDS ist der Sitz eines Wissenschaftsverbundes, der sich mit diesen Fragen befasst und Forschungsinstitute in Afrika, Asien und Lateinamerika einbezieht (*Development Research Centre on Citizenship, Participation and Accountability*). Besonders hervorstreichend ist deren Forschungsinteresse an den Möglichkeiten und Bedingungen, unter welchen Bürgerbeteiligungsprozesse auch den Armen zugänglich werden.

Wissen für das Management afrikanischer Volkswirtschaften

Das *African Economic Research Consortium* (AERC) mit Sitz in Nairobi wurde 1988 gegründet. AERC ist eine nicht gewinnorientierte Organisation, welche sich fortgeschrittener wirtschaftspolitischer Forschung und Ausbildung widmet. Hauptziel ist die Stärkung der lokalen Kapazitäten, um unabhängige, fundierte Erforschung von Problemen von Relevanz für das Management von afrikanischen Volkswirtschaften (Subsahara-Afrika) zu ermöglichen. AERC erleichtert, fördert und trägt dazu bei, dass Afrikanerinnen und Afrikaner durch Afrikanerinnen und Afrikaner in Afrika ausgebildet werden und afrikanische Universitäten und Forschungsinstitute mit Top-Forschenden und Institutionen weltweit erfolgreich vernetzt werden. Damit werden a) Spitzen-Forschungskompetenzen gebildet, b) Mittel gespart, da die Ausbildung in Afrika günstiger ist als in Europa oder den USA, c) auch dem *Brain Drain* entgegengewirkt und d) erhebliche Synergieeffekte geschaffen: Kleine Universitäten können nicht alle relevanten Kurse und Themen anbieten, im Pool mit anderen Institutionen des Consortiums hingegen wohl. Diese Problematik ist kleinen Ländern wie der Schweiz bestens bekannt. AERC könnte sogar als Modell für die Schweizer Hochschullandschaft dienen. Andere Länder lassen sich bereits entsprechend inspirieren.

In Bezug auf die Entwicklungsrelevanz gilt die Arbeitshypothese, dass Entwicklung wahrscheinlicher wird, wenn Volkswirtschaften solide geführt werden. Ein solides Management wiederum ist wahrscheinlicher, wenn auf gut ausgebildete Forschende und EntscheidungsträgerInnen zurückgegriffen werden kann. AERC-AbsolventInnen sitzen in wichtigen Positionen in Afrika und weltweit. AERC trägt aktiv zur Verbesserung der ökonomischen Gouvernanz mit Forschungsschwerpunkten in Armutsbekämpfung, Handel, Gouvernanz, etc. bei.

Die DEZA unterstützt seit 1995 AERC finanziell und beteiligt sich an der Führung der Organisation (*Board Member, Executive Committee Member, etc.*). AERC gilt international als äusserst erfolgreiche Organisation. Die Liste der Evaluationen ist lang, deren Resultate sehr positiv.

In der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit war es möglich, diese Prinzipien der Bürgerbeteiligung, Partizipation und Rechenschaftspflicht in den Kontext der Dezentralisierung und Kommunalentwicklung einzubringen, beispielsweise im schweizerischen Kooperationsprogramm mit Bolivien. Mechanismen und gute Praktiken des Einbezugs stehen zur Verfügung und werden z.B. durch die von der DEZA mit unterstützte Web-Seite «*logolink*» von IDS breitenwirksam zugänglich und abrufbar gemacht für die Umsetzung in den Programmen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Website bietet Information zu einem großen Netzwerk an Organisationen und ExpertInnen, die in diesem Bereich tätig sind, und Literaturhinweise, die den *Peer exchange*³⁶ fördern. Ein anderes Beispiel ist die Kooperation mit dem Institut für Föderalismus IFF der Universität Fribourg, die es

35 Gouvernanz: (gute) Regierungsführung

36 Austausch unter Personen mit gleichen Aufgabenstellungen

erlaubt hat, für PolitikerInnen aus Partnerländern der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit Studienreisen zum Thema Föderalismus und lokale Gouvernanz in die Schweiz zu organisieren.

Entwicklungs Herausforderungen

Für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist es eine Voraussetzung, dass staatliche Strukturen in den Ländern effizient funktionieren. Die internationale Gemeinschaft geht heute davon aus, dass die Länder selber ihre Armutsreduktionsstrategien erarbeiten. Damit diese problembezogen und legitimiert sind, müssen die staatlichen Strukturen den Einbezug der Bevölkerung in solche Strategieprozesse leisten können. Einbezug ist wiederum an die Voraussetzung geknüpft, dass soziale Bewegungen und die organisierte Zivilgesellschaft ihre Rechte und ihre Mitwirkungsrolle wahrnehmen können. Die Herausforderung ist, die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und die geeigneten Formen zu finden, wie die Zivilgesellschaft sozialen Wandel und die Bildung eines effektiven Staates auf den verschiedenen Ebenen stärken kann.

Mit der *Paris Declaration*³⁷ stellen sich auch für die Geberorganisationen neue Gouvernanz-Fragen: Transparenz, Rechenschaft und Partizipation beziehen sich als Prinzipien nicht nur auf die Ebene der Hilfsempfänger, sie müssen für das gesamte System der Internationalen Zusammenarbeit Geltung erhalten. Mit dem starken Gewicht auf Gouvernanzprinzipien und Gender-Gleichstellung als transversalem Thema stellt sich für die Forschung eine neue Herausforderung, inwiefern Fragen der Gouvernanz und der Gender-Gleichstellung im Rahmen der in der *Paris Declaration* niedergelegten Prinzipien auch tatsächlich erfasst werden können. Die Forschung muss die Auswirkungen z.B. von Armutsreduktionsstrategien aus Gouvernanz- und Genderperspektive (*Poverty Reduction Strategy Papers*) analysieren.

Prioritäre Forschungsachsen

Aufgrund dieser Herausforderungen erteilt die DEZA Aufträge und leistet Beiträge zu folgenden Themen der Gouvernanz-Forschung, welche die Programmgestaltung sowie den Politikdialog der DEZA unterstützen:

Dezentralisierung und Rechtsstaatlichkeit

Zu erforschen ist, welche Bedeutung die Verflechtung unterschiedlicher Rechtssysteme (lokal-national; traditionell-modern) in Dezentralisierungsprozessen hat, und welche Auswirkungen diese bei der Entwicklung lokaler Legislativsysteme haben können. In Zusammenarbeit mit IDS unterstützt die DEZA Forschung zu diesen Themen, wobei die Dynamiken lokaler Machtverhältnisse von besonderem Forschungsinteresse sind.

Ein weiterer Themenbereich sind Wertesysteme und ihr Einfluss auf Entwicklung und umgekehrt. Zu erforschen sind Mechanismen der Dezentralisierung, in welchen traditionelle Diskriminierungsformen verstärkt werden und zu neuen Hierarchisierungen führen können. Besonderes Gewicht wird auf die Bedeutung der Geschlechterdifferenz bei der Strukturierung dezentraler Systeme gelegt. Forschung sollen vermehrt auch der Frage nachgehen, wie Mechanismen der „legitimierten Diskriminierung“ erfasst werden können.

Dezentralisierung ist zudem zu beurteilen in einem grösseren Zusammenhang einer Staatsreform. Sie hat sich nicht nur auf die Stärkung lokaler Strukturen und die Bürgernähe zu fokussieren, sondern auch auf die Verteilung von Ressourcen und Kompetenzen zwischen den verschiedenen Staats-Ebenen. Die Forschung muss das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Dimensionen beleuchten.

Neben dem IDS der *University of Sussex* sind auch das Institut für Föderalismus (IFF) der Universität Fribourg und das *Laboratoire de l'Anthropologie juridique de Paris* (LAJP) wichtige Forschungspartner in diesem Themenbereich. Das IFF ist auf Fragen des Föderalismus, der Dezentralisierung und der Multikulturalität spezialisiert und arbeitet u.a. mit eingeladenen Forschenden. Das LAJP verbindet die Erforschung des traditionellen afrikanischen Rechts mit der vergleichenden Institutionsgeschichte. Die Forschung bearbeitet in diesem Kontext Fragen des Bodenrechts und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, der Rechtsetzungspolitik, des Aufbau des Rechtsstaats und der Mediation und interkulturellen Vermittlung.

37 Erklärung von Paris über Effektivität in der internationalen Zusammenarbeit, 2005

Soziale Bewegungen, Prozesse der Partizipation und die Rolle des Staates

Das Forschungsinteresse richtet sich auf das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und staatlich organisierten Dezentralisierungsprozessen. Zu beleuchten ist, welche Strategien und Mechanismen dazu beitragen, dass NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen in Dezentralisierungsprozessen mitwirken und den Staat unterstützen bei der Entwicklung von neuen Gesetzen, Regulativen, Strategien, insbesondere im sozialen Sektor. Von der anderen Seite ist zu untersuchen, welche Mechanismen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch die Zivilgesellschaft beitragen.

Unterstützung von Reformen der öffentlichen Dienste

Die vor einigen Jahren in Westafrika lancierten Dezentralisierungsprozesse haben neue Hoffnung geweckt, dass sich eine Entwicklung durchsetzen wird, die den lokalen Bedürfnissen und Gegebenheiten vermehrt Rechnung trägt. Eine solche Entwicklung wird durch eine schlecht funktionierende öffentliche Hand sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene gefährdet.

Mit dieser Problematik setzt sich das Programm „Reformen des Lokalstaates“ auseinander, das sich auf vier Länder konzentriert: Burkina Faso, Mali, Benin und Niger. Es wurde vom *Laboratoire d'études et de recherches sur les dynamiques sociales et le développement local* (LASDEL) und der DEZA ausgearbeitet und im September 2006 lanciert. Angestrebt wird eine engere Verbindung zwischen Forschung und Umsetzung. Allzu oft werden die Forschungsergebnisse nicht in Aktionen umgesetzt. Mit diesem Programm soll ein Beitrag geleistet werden, um das fehlende Bindeglied zwischen Forschern und Entwicklungspraktikern herzustellen.

Konkret werden gleich zu Beginn der Untersuchungen vier Forschungsteams des LASDEL und vier Aktionsteams, die von der DEZA eingesetzt werden, zusammen arbeiten. Vorgesehen ist, dass die Analysen der Forscher zu Reformvorhaben im öffentlichen Dienst führen werden. Für eine punktuelle Begleitung dieser Prozesse durch ein Forscherteam ist gesorgt. Neben spezifischen Länderstudien wird der gemeinsame Austausch auch eine regionale Reflektion fördern.

Lokale Selbstverwaltung in Transitionsländern

Die Transitionsprozesse in Osteuropa und in den GUS-Staaten haben zu einer Verlagerung der staatlichen Verwaltungstätigkeit auf dezentrale Ebenen geführt. Es handelt sich dabei um eine langfristige und widersprüchliche Entwicklung, die in den verschiedenen Ländern zu einer grundsätzlichen Umgestaltung der staatlichen Aufgaben und Funktionen geführt hat. Ausgehend von den Erfahrungen mit Programmen zur Unterstützung von Dezentralisierungsprozessen geht es in zu realisierenden Forschungsarbeiten darum, die verschiedenen Ansätze der Staatsreform aufzuarbeiten und auszuwerten. Haben sich Dezentralisierungsprozesse im Rahmen einer neuen Aufgabenteilung innerhalb der Staaten bewährt? Was hat in der Vergangenheit funktioniert? Was müsste in Zukunft anders gemacht werden? Wie soll die lokale Staatsbildung in Zukunft gestaltet werden? Dabei gilt es folgende Ebenen zu unterscheiden: Politische Dezentralisierung (Prozess der lokalen Entscheidungsfindung, Machtverteilung auf lokaler bzw. regionaler und nationaler Ebene), funktionelle Dezentralisierung (öffentliche kommunale Dienstleistungen), administrative Dezentralisierung (Prozesse und Abläufe in der lokalen Verwaltungseinheit) und fiskale Dezentralisierung/lokale Wirtschaftsentwicklung.

Die DEZA sieht vor, im Westbalkan eine Forschungsplattform für die Unterstützung der Sozialwissenschaften aufzubauen – ein Fachgebiet, welches während der sozialistischen Ära und dem darauffolgenden Krieg vernachlässigt wurde, jedoch für den Transitionsprozess unabdingbares Wissen liefert.

4.6. Konfliktprävention, Transformation, Migration

Rückblick

Aktuelle Forschungstrends im Themenfeld **Konflikt/Frieden und Entwicklung** kreisen nach wie vor um das Oberthema der Prävention und Beendigung von innerstaatlichen, bewaffneten Gewaltkonflikten und deren Stabilisierung in der Nachkriegszeit. Im Nachgang der Ruanda-Krise 1994 kam das Thema der „politischen Frühwarnung“ und der positiven und negativen Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit auf bewaffnete Konflikte zu sehr grosser Beachtung.

Das externe Frühwarn- und Monitoringprojekt FAST (Frühanalyse von Spannungen und Tatsachenermittlung), welches von der Forschungsabteilung der Schweizerischen Friedensstiftung (*swisspeace*), im Auftrag der DEZA entwickelt wurde, wurde 2003 in ein internationales Projekt mit verschiedenen bilateralen Entwicklungsagenturen (DEZA, *Canadian International Development Agency* CIDA, *Swedish International Cooperation Agency* SIDA, *Austrian Development Agency* ADA) überführt und vom Erscheinungsbild und bezüglich Produktpalette weiterentwickelt. 2006 wurde eine externe Evaluation in Auftrag gegeben, welche die Gründe für eine mangelhafte Verankerung der Frühwarnung bei den operationellen Einheiten der involvierten Entwicklungsagenturen klären sollte. Ausstehend ist eine Koordination dieses Programms mit ähnlichen Initiativen in anderen Ländern.

Mit *Peace and Conflict Impact Assessments* (PCIA) wurde für einzelne Länder erforscht, welche Implikationen die Konfliktsituation auf die Entwicklungszusammenarbeit hat. Aufbauend auf den Erfahrungen von verschiedenen PCIA wurde ab 2004 das Konfliktsensitive Programm Management (KSPM³⁸) entwickelt. Es zeigt auf, mit welchen Instrumenten in den einzelnen Phasen des Programm-Zyklus (*Project Cycle Management* PCM) eine konfliktsensitive Programmierung und Umsetzung erreicht werden kann. Das Konzept wurde in enger Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Konfliktprävention und Transformation COPRET der DEZA und den geografischen Sektionen der DEZA (v.a. Ostasien, Nepal) erarbeitet und beinhaltet einen allgemeinen Teil (Friedensleitlinien der DEZA), DEZA-spezifische Aussagen zum Management von Programmen und Projekten, sowie im Rahmen des OECD/DAC Entwicklungskomitees international harmonisierte Hinweisblätter (*OECD/DAC Issues Briefs*³⁹) für die praktische Umsetzung im Feld.

Insgesamt kam es in der Forschung zum Themenfeld Konflikt/Frieden und Entwicklung zu einer Verschiebung von Schwerpunkten. Aktuell blieb die Forschung zu neuen Erkenntnissen über die Stabilisierung von Nachkriegsgesellschaften. Hier gab es zwei Trends, einerseits die Forschung zu Interventionen der Vereinten Nationen, und andererseits die Frage nach den Bedingungen erfolgreicher Stabilisierung, die verhindern dass ein erneuter Gewaltausbruch ein Land zurück in den Krieg führt. Dabei kommt der Rolle der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Rolle zu.

Obwohl seit nunmehr einem Jahrzehnt diskutiert, gab es bislang wenig systematische Forschung zur Rolle der Zivilgesellschaft in bewaffneten Konflikten, vielmehr wurde das Thema von internationalen NGO dominiert, die ihre eigenen Erfolgsgeschichten dokumentierten. Nunmehr gibt es eine Anzahl von neuen Forschungsergebnissen und -projekten die sich solide mit dem Thema befassen und dabei auch die Verbindung und Wirkung von Zivilgesellschaftsförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit beleuchten.

Ein weiteres neu gewichtetes Thema sind Geostrategische Sicherheits- und Entwicklungskonzepte globaler und regionaler Akteure. Eine Vielzahl von Forschungsarbeiten befasst sich mit dem Krieg im Irak, die Auswirkungen der US-Politik in Afghanistan, aber auch mit der neuen Rolle Chinas in Afrika.

Im Bereich der Migration hat das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO eine Untersuchung zum Thema der Rücküberweisungen Migrierender veranlasst. Die in die Entwicklungs- und Transitionsländer fliessenden finanziellen Rücküberweisungen von MigrantInnen sind enorm und übersteigen in vielen Fällen die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

38 Vgl. www.deza.admin.ch Themen>Friedensentwicklung>Gewaltprävention

39 www.oecd.org/dac/conflict/issuesbriefs

Verschiedene Forschungsarbeiten befassen sich mit wissenschaftlicher Evaluation von verschiedenen Interventionstypen der Friedensförderung und -entwicklung, das heisst mit der Wirksamkeit des gewählten Interventionsstypus und auch der Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit auf nationale Friedensprozesse.

Entwicklungsherausforderungen

In den letzten Jahren hat sich die Qualität von Konflikten weiter verschoben. Zunehmend sind es nicht mehr zwischenstaatliche Konflikte, die entsprechend dem internationalen Völkerrecht abgewickelt werden und neue zwischenstaatliche Status quo schaffen. Es dominieren innerstaatliche Konflikte, wo die einzelnen Akteure nicht einer Staatsstruktur zugeordnet werden können. Machtinteressen einzelner Gruppen überlagern sich mit ethnischen, religiösen, kulturellen, sozialen Grenzen. Die internationale Zusammenarbeit ist in einem solchen Feld vor grösste Herausforderungen gestellt.

Konfliktparteien können auch aufgrund wirtschaftlicher Ressourcen motiviert sein (z.B. Dharfur – Erdöl). Für die globalisierte Wirtschaft und ihre Akteure stellen sich deshalb Fragen nach dem verantwortungsvollen Verhalten in Konfliktregionen. Die Herausforderung in diesem Bereich liegt bei der internationalen Gemeinschaft. Sie muss ein koordiniertes und kohärentes Vorgehen leisten, um zu verhindern, dass diese Konfliktregionen sich nicht ausweiten und die Menschen vor Ort bessere Lebensbedingungen haben können.

Innerstaatliche Konflikte zwischen Macht- und Interessengruppen können in den Zusammenbruch staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungen führen. Wenn heute von mehr als 30 sogenannten failed states ausgegangen werden muss, stellt sich die Frage, wie die internationale Gemeinschaft der betroffenen Bevölkerung Solidarität in ihrer Opfer-Rolle und eine Perspektive gewaltfreier Konfliktbewältigung bieten kann.

Nach Konflikten, die durch formelle Friedens- oder Konfliktregelungen beigelegt wurden, treffen wir Gesellschaften an, denen grundlegende Werte, Übereinkünfte und Strukturen fehlen. Der Umgang mit Folgen von Konflikten stellt eine weitere Herausforderung dar.

Forschungsprioritäten

Aufgrund dieser Herausforderungen sind die schweizerischen Entwicklungs-Akteure in den kommenden Jahren in folgenden Forschungsthemen aktiv. Die DEZA nutzt die Erkenntnisse der Konfliktforschung für die Ausgestaltung ihrer Interventionen im Bereich der Prävention und Konflikttransformation.

Erfahrungskapitalisierung

In einer Erfahrungskapitalisierung bezüglich des Konfliktsensitiven Programm Management (KSPM) in verschiedenen Regionen wollen die schweizerischen Agenturen DEZA und Politische Abteilung IV des EDA mit dem *Institut Universitaire d'Études du Développement* (IUED) zusammenarbeiten. Das Projekt soll die Aufarbeitung der Erfahrungen in den verschiedenen Regionen unterstützen und durch die Verbindung mit der Universität den Austausch fördern.

In verschiedenen weiteren Themenbereichen soll die Forschung die verbreitete Nutzung von Erfahrungen ermöglichen. Das schweizerische Forschungsprojekt *Environment and Cooperation in the Nile Basin* (Econile) verbindet Umwelt- und Konfliktforschung um das Thema der Nil-Nutzungsinteressen und entwickelt Methoden zum Management der Wasserressourcen. Dieses *Know-how* soll in Zukunft für weitere Regionen nutzbar werden.

Risk-Assessment und Staatszerfall

Die Erforschung der Frühwarnung soll erweitert werden um die Fragen der Risiko-Analyse in fragilen Staaten und die Verbindung von Risikoanalyse und Frühwarnung in Situationen grosser Instabilität. Die Koordination der Forschungstätigkeit von *swisspeace* mit den verschiedenen bilateralen Entwicklungsagenturen soll die Ergebnisse besser nutzbar machen für eine kohärente Entwicklungszusammenarbeit. Von besonderem Interesse sind die Beziehungen zwischen der Fragilität der Staaten und dem Zugang zu den natürlichen Ressourcen

und zwischen der Waffengewalt und der Korruption. Das in Genf beheimatete Kompetenzzentrum *Small Arms Survey* befasst sich mit Methoden, um den Einfluss der bewaffneten Gewalt und deren wirtschaftliche und menschliche Kosten für die betroffenen Länder zu erfassen.

Staatszerfall birgt Konfliktpotential und kann somit die Entwicklungszusammenarbeit behindern oder gar verunmöglichen. Innerstaatliche Konflikte haben in den letzten Jahren zugenommen. Der Zusammenbruch staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungen, fehlende Kontrolle oder Privatisierung von staatlichen Funktionen werden mit der internationalen Zusammenarbeit konfrontiert. Die ETH Zürich erforscht den Staatszerfall in Subsahara-Afrika. Sie untersucht insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten zwischen 1960 und 2005. Die Resultate werden wichtige Beiträge für die Weiterführung der Debatte um die fragilen Staaten sein.

Friedensarbeit

Die Masterstudien der von den Vereinten Nationen mandatierten *University for Peace* (U-Peace) in Costa Rica werden durch die Schweiz mit einem Grundbeitrag unterstützt. Studierende setzen sich während einem Jahr mit verschiedenen Aspekten der Friedensarbeit auseinander. Fast die Hälfte der Studierenden stammt aus Entwicklungsländern. Die Abschlussarbeiten der Studierenden beinhalten einzelne Aspekte der Friedensentwicklung. Ebenso finanziert die Schweiz das Afrikaprogramm von U-Peace. In Partnerschaft mit Universitäten und Instituten in Afrika werden kürzere Kurse zu Frieden und Konfliktprävention angeboten.

Migration

Die Zusammenhänge und Mechanismen in der Thematik (Rücküberweisungen – Diaspora – *Brain-drain* / *Brain gain* - Geldwäscherei) sind näher zu erforschen. Die Zusammenhänge zwischen Armut, Entwicklung, Entwicklungszusammenarbeit und Migration brauchen Klärung, damit gerade auch die Relevanz von Migrationsbewegungen und entsprechenden Folgen für die nachhaltige Entwicklung deutlicher wird. Das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, als unabhängige Stiftung angeschlossen an die Universität Neuchâtel, ist in dieser Thematik tätig. Auf internationaler Ebene ist das *Danish Institute for International Studies* (DIIS) eine Forschungseinrichtung, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Entwicklung, Migration und Konfliktprävention befasst.

Business and Peace

Mit *swisspeace*, der schweizerischen Friedensstiftung, arbeiten sowohl die DEZA als auch die Politische Abteilung IV des EDA bezüglich des Themas *Business and Peace* zusammen. Nach Arbeiten auf konzeptioneller Ebene soll in Zukunft in Feldstudien, zuerst in Nepal, gearbeitet werden. Politische, entwicklungspolitische, aber auch beschäftigungspolitische Fragen sollen dabei untersucht werden.

Das *Geneva International Academic Network* (GIAN-RUIG) führt das Forschungsprojekt *Creating a New Dynamic for Public-Private Partnerships for Peaceful and Sustainable Development* durch und wird dabei von der DEZA unterstützt. Das Projekt soll Indikatoren für die friedensfördernde Ausgestaltung von partnerschaftlichen Entwicklungsinitiativen zwischen öffentlichen Akteuren und Unternehmen (*Public-Private Partnerships* PPP) liefern.

4.7. Gender-Gleichstellung

Rückblick

Eine herausragende Bedeutung für die Erforschung der Gender-Gleichstellung hat die Arbeit des UNO-Forschungsinstituts für soziale Entwicklung UNRISD. Dieses hat 2005, zehn Jahre nach der Frauenkonferenz in Peking einen umfassenden Bericht zur Gleichstellung weltweit publiziert.⁴⁰ UNRISD macht dabei Fortschritte und Rückschläge aus. Während die politische Beteiligung der Frauen sich verstärkt hat, haben die Veränderungen auf ökonomischer Seite die Situation der Frauen verschlechtert, indem diese z.B. die Lücken verschlankter sozialer Dienstleistungen füllen müssen.

In den letzten Jahren sind gute Forschungsarbeiten mit erheblichem Erkenntnisgewinn betreffend der Bedeutung von Genderdifferenz in Entwicklungsprozessen und in der Strukturierung von Armut entstanden. Gleichzeitig gab es aber Defizite im systematischen Einbezug von Genderdaten in Forschungsprojekte generell sowie in Umsetzungsstrategien. Die DEZA hat bisher vor allem in *Backstoppings*⁴¹ für die Methodenentwicklung des *Gender-Mainstreamings*⁴² investiert, um die Sensibilität für und die Relevanz der Gender-Gleichstellung in der Umsetzung der Entwicklungsvorhaben zu erhöhen. Sie hat weniger direkt Forschungsvorhaben unterstützt.

Entwicklungs Herausforderungen

Nach wie vor gibt es viele Forschungsbereiche, in welchen die Forschenden den eigenen Fragestellungen Genderneutralität unterstellen, was eine qualitative Einschränkung der Perspektive und der Resultate bedeutet. In der Umsetzung werden oft nur für die Mikroebene relevante oder auf diese Ebene beschränkte Daten integriert, was wiederum zur Folge hat, dass die makroökonomischen Prozesse ohne Gender-Sicht bearbeitet werden. Gerade unter den neuen Rahmenbedingungen der Paris Declaration sind solche Fragen besonders bedeutend, handelt es sich in der Harmonisierung und im Politikdialog doch um Prozesse, die in erster Linie makroökonomische Bedingungen beeinflussen. Erfahrungen haben gezeigt, dass nationale Armutsreduktionsstrategien und andere strategische Programme zur Armutsbekämpfung kaum systematisch einer Genderanalyse unterzogen werden, und Gender-Ungleichheit weder institutionell noch thematisch aktiv aufgenommen wird. Mit der Schwerpunktverlagerung der Entwicklungszusammenarbeit hin zur globalen Unterstützung nationaler Armutsreduktionsstrategien muss ein neuer Einbezug der Gendersichtweise neu geleistet werden.

Wenig berücksichtigt in der internationalen Genderforschung wurden Themen im Kontext wirtschaftlicher Globalisierung und ihrer Auswirkung auf die Geschlechter-Ordnung zum Beispiel im Bereich von Arbeit und *Care Economy*⁴³ sowie der Rolle von Zeit als wirtschaftlich relevanter Ressource (*time use surveys*: Studien zur Nutzung der Zeit). Zu investieren wäre in Forschung zur unbezahlten und bezahlten Versorgungsökonomie und der Rolle der Geschlechterdifferenz darin. Man geht davon aus, dass über 70% der unbezahlten Versorgungsökonomie (Erziehung, Betreuung, Pflege u.a.) von Frauen geleistet wird. Problematisch ist die Tatsache, dass diese Wertschöpfung und die dafür aufgewendete Zeit normalerweise statistisch nicht erfasst werden. Ebenfalls zu Fragen Anlass gibt die Tatsache, dass Liberalisierung und Privatisierung sich in der Regel auf den Zeithaushalt der Frauen negativ auswirkt. Um solche Zusammenhänge zu erfassen und mögliche Massnahmen zur Integration und Gleichstellung der Frauen erkennen zu können, braucht es Forschung im Bereich *Care Economy*. Der Schlussfolgerungen sind wiederum nutzbar zu machen für die Entwicklung der nationalen Strategien zur Armutsreduktion.

Genderforschung, die primär in quantitative Indikatoren über die Teilnahme von Frauen in verschiedenen Bereichen münden, greift zu kurz. Gefragt ist Forschung, die auf die Verflechtungen von sozialen und politischen Prozessen hinweist und systematisch aufzeigt, wie verschiedene Faktoren sich je nach Kontext unterschiedlich auf die geschlechterspezifischen Formen der Armut auswirken (Familienstruktur, Zugang zum

40 Gender Equality, Striving for Justice in an Unequal World, Hrsg.: United Nations Research Institute for Social Development UNRISD, 2005

41 Beratung, Begleitung und Unterstützung zur Sicherung der Wissensverankerung und -kontinuität

42 Integration der Gleichstellungsperspektive in alle Tätigkeiten

43 Versorgungsökonomie: die wirtschaftliche Tätigkeit in Betreuung und Pflege

Arbeitsmarkt, Wohlbefinden). Erst auf dieser Grundlage können kohärente Massnahmen zur Armutsreduktion definiert werden, die gleichzeitig die Gleichstellung unterstützen. Generell besteht eine grosse Lücke, was geschlechterspezifisch aufgeschlüsselte Daten und Statistiken anbelangt.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Bereich der Genderforschung ist eine Priorisierung und thematische Schwerpunktsetzung angebracht. Es wurde viel investiert in methodische Fragen der Umsetzung, des Projektmanagements und der Transversalisierung des Themas. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Geschlechterungleichheiten gerade in den ärmsten 20% der Bevölkerung der Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit zunehmen. In diesem Sinne braucht es mehr interdisziplinäre und sektorübergreifende Forschung mit Fallstudien zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Armut in der Folge neuer wirtschaftlicher Entwicklungen. Diese Forschung durch grössere Netzwerke wird mit Beiträgen unterstützt. Die DEZA nutzt ihre langjährige Erfahrung, zusammen mit den neuen Forschungserkenntnissen, um das Transversalthema ‚Gender‘ flächendeckend in die Programmgestaltung einzubinden.

Care Economy

Im Bereich der *Care Economy* erweitert UNRISD die Zusammenarbeit mit lokalen Forschenden zu Fallbeispielen. Diese Forschung mit Relevanz für Armutsstrategien und schweizerischen Kooperationsstrategien wird durch die DEZA unterstützt werden.

Gender-Gleichstellung und Gouvernanz

Zu untersuchen ist, welche Bedeutung Gender-Gleichstellung bei der Entwicklung neuer Legislativen und dezentralisierter Verwaltungsabläufe hat, insbesondere im Zusammenhang mit der Fiskalpolitik (im Zentrum solcher Forschung können die Gender-relevanten Aspekte der partizipativen Budgetprozesse sein oder die verschiedenen Formen der Steuerpolitik). Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Ermächtigung von Frauenorganisationen und den staatlich eingeleiteten Dezentralisierungsprozessen? Es gibt viele Fallstudien zur Bedeutung der Geschlechterdifferenz, z.B. in lokalen Partizipationsprozessen. Die theoretische Auseinandersetzung mit der Rolle der Geschlechterverhältnisse z.B. an der Schnittstelle von wirtschaftlichen Entwicklungen auf Makroebene und lokalen Gouvernanzprozessen ist indes wenig fortgeschritten.⁴⁴

DEZA-Erfahrung mit Gender-Gleichstellung

Die DEZA hat 13 Jahre Erfahrung mit Gleichstellungspolitik. Die historische Aufarbeitung der Wirkung dieses Ansatzes und die Analyse der strukturellen Bedingungen, unter welchen diese Politik über die letzten Jahre umgesetzt worden ist, wird in der unabhängigen Evaluation 2007 aufgearbeitet. Die Resultate und Erkenntnisse aus der unabhängigen Evaluation werden in die Strategie der Umsetzung der DEZA Gender-Gleichstellungspolitik einfließen.

44 vgl. dazu auch die Literaturreview von Sarah Byrne und Matthias Schnyder, Institute of Federalism 2005



ADA	Austrian Development Agency
AERC	African Economic Research Consortium
AGRIDEA	Beratungszentrale für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BFE	Bundesamt für Energie
BIONET	Global network for Taxonomy
BLW	Bundesamt für Landwirtschaft
CABI	Center for Applied Bioscience International CABI
CDE	Centre for Development and Environment des geographischen Instituts der Uni Bern
CETRAD	Centre for Training and Integrated Research for ASAL Development (Kenia)
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
CIDA	Canadian International Development Agency
CIMMYT-FRIDA	International Maize and Wheat Improvement Center
CINTERFOR	Inter-American Research and Documentation Centre on Vocational Training
CIP	International Potato Center
COPRET	Abteilung Konfliktprävention und Transformation der DEZA
COST	Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung
Crepa	Centre Régional pour l'Eau Potable et l'Assainissement à faible coût
CSRS	Centre Suisse de Recherches Scientifiques en Côte d'Ivoire
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DFID	Department for international development (UK)
DIIS	Danish Institute for International Studies
EADI	Association of Development Research and Training Institutes
EAWAG	Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz
ECDPM	European Centre for Development Policy Management
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDCTP	European Developing Countries Clinical Trial Programme
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung
EIER	Ecole Inter-Etats d'Ingénieurs de l'Equipement Rural
EPFL	Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne
ERA-ARD	European Research Area-Network Agricultural Research for Development
ERF	Economic Research Forum
ESAPP	Eastern and Southern Africa Partnership Programme
ESKAS	Eidgenössische Stipendienkommission für Ausländische Studierende
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
ETSHER	Ecole Inter-Etats des Techniciens Supérieurs de l'Hydraulique et de l'Equipement Rural
EU	Europäische Union
EUWI-ERA Net	European Research Area Network of the European Union Water Initiative
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EZA	Entwicklung und Zusammenarbeit
FAST	Frühanalyse von Spannungen und Tatsachenermittlung
FIBL	Forschungsinstitut für biologischen Landbau
FRIDA	Contribution for Improving Beans and Maize Varieties
GDN	Global Development Network
GFATM	Global Fond zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
GIAN-RUIG	Geneva International Academic Network
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
GWP	Global Water Partnership
ICDDR, B	International Centre for Diarrhoeal Disease Research in Bangladesh
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development
ICIPE	International Center for Insect Physiology and Ecology
ICRA	International Centre for Development Oriented Research in Agriculture
ICRAF	World Agroforestry Centre
ICT4D	Information and communication technologies for Development
IDRC	International Development Research Centre

IDS	Institute for Development Studies der University of Sussex
IFF	Institut für Föderalismus der Universität Fribourg
IFORD	International Forum for Research Donors
IHEID	Institut de hautes études internationales et du développement
IHRDC	Ifakara Health Research and Development Centre
IIED	International Institute for Environment and Development
ILO	International Labour Organisation
INCO	International Cooperation with Developing Countries (EU-Programm)
IRCC	International Research and Consulting Centre
ISCB	Indo-Swiss Collaboration on Biotechnology
IUED	Institut universitaire d'études du développement
IUHEI	Institut universitaire des hautes études internationales
IZA	International Zusammenarbeit
KFPE	Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern
KINET	Kilombero Insecticide Treated Nets
KSPM	Konfliktsensitives Programm Management
LAJP	Laboratoire de l'Anthropologie juridique de Paris
LASDEL	Laboratoire d'Études et de Recherches sur les Dynamiques Sociales et le Développement Social
MDGs	Millennium Development Goals / Millenniumsentwicklungsziele
MMV	Medicines for Malaria Venture
NCCR N-S	National Center of Competence North South (= NFS N-S)
NFS N-S	Nationaler Forschungsschwerpunkt Nord-Süd (= NCCR N-S)
NGO	Non Governmental Organisation
NIDECO	Network for International Development and Cooperation
ODI	Overseas Development Institute
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PABRA	Pan-African Bean Research Alliance
PCIA	Peace and Conflict Impact Assessments
PCM	Project Cycle Management
PPP	Public Private Partnerships
PROFIN	Finance Sector Support Programme
PROINPA	Non-Profit Organisation für Nahrungssicherheit in Bolivien
REEEP	Partnerschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
REPIC	Interdepartementalen Plattform zur Förderung der erneuerbaren Energien in der IZA
RFPP	Research Fellow Partnership Programme
RWSN	Rural Water Supply Network
SciDev.Net	Science and Development Network
SCOPES	Wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Osteuropa und der Schweiz
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SHL	Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft
SIDA	Swedish International Cooperation Agency
SNF	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
SODIS	Solar Water Disinfection
STI	Schweizerisches Tropeninstitut
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIDO	United Nations Industrial Development Organisation
UNO	United Nations Organisation
UNRISD	UNO-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung
U-Peace	University for Peace
WHO	World Health Organisation
WSP	Water and Sanitation Program
WTI	World Trade Institute
WTO	Welthandelsorganisation
ZIL	Zentrum für Internationale Landwirtschaft

